



AKTION DEMOKRATISCHE
GEMEINSCHAFT E.V.

Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern
für eine lebenswerte Zukunft
in einem sozialen und gerechten Staat

20 Jahre Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.

Impressum:

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG, München
Starenweg 4 | 82223 Eichenau
info@adg-ev.de | www.adg-ev.de

Ausgabedatum: Januar 2018

Die Festschrift wird zum 20-jährigen Bestehen der ADG, am 31. Oktober 2016, herausgegeben und befasst sich mit dem Zeitraum von 1996 bis 2017 und einer kurzen Vorgeschichte.

Texte und Fotos: Alle ADG

© Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG, München

Vorwort

Diese Festschrift spiegelt mehr als 20 Jahre sozialpolitischen Wirkens der Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. (ADG) wider. Getreu nach dem Motto:

Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern
für eine lebenswerte Zukunft
in einem sozialen und gerechten Staat

Im Vordergrund der Arbeit der ADG stehen und standen immer die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit für die Bürger. Ungerechtigkeiten darzustellen und über Hintergründe aufzuklären, gehört schon immer zu den Hauptaufgaben der ADG.

In den vielen Jahren hat die ADG Zeichen gesetzt und mit ihren kompetenten Informationen für Aufklärung gesorgt. Beispielhaft ist die Fehlfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen zu nennen, die erst durch die ADG einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Selbst Behörden und Gerichte mussten die sog. Teufel-Tabelle mit den seit 1957 dargestellten Entnahmen von nicht beitragsgedeckten Leistungen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung zur Kenntnis nehmen. Darauf sind wir stolz. Aber auch viele andere grundlegend wichtige Botschaften in Wort und Bild zur Renten- und Gesundheitspolitik kann die ADG mit Genugtuung für sich reklamieren. Die ADG ist unabhängig und überparteilich. Alle Kosten werden allein aus Mitgliedsbeiträgen gedeckt und alle Informationen stellt die ADG jedermann kostenfrei zur Verfügung. Aus Prinzip.

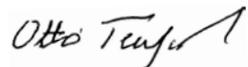
Den Aktiven der ADG, eingeschlossen die Rechnungsprüfer und Wahlhelfer bei den Mitgliederversammlungen, die z.T. seit der Gründung des Vereins unerhört viel Freizeit im Sinne unseres Slogans opfern, gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Mit ihrem Fachwissen, ihren Recherchen und der Bereitschaft, ihr Wissen weiterzugeben, leisten sie einen gesellschaftspolitischen Beitrag erster Klasse. Vieles was sie tun, ist auf die kommenden Generationen ausgerichtet. Ihren Kampf für Gerechtigkeit, Solidarität, Würde und soziale Integrität führen sie unbeirrt und uneigennützig. Zum Wohle der Gesellschaft. Allen Mitgliedern, Freunden und Gönnern der ADG danken wir für ihre Treue und hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit. Wir wünschen uns aber auch mehr Interesse und Mitwirkung der Bürger an der Sozialpolitik. Nicht erst bei persönlicher Betroffenheit!



Hendrik Hein
Vorsitzender



Diethard Linck
Stellvertr. Vorsitzender



Otto W. Teufel
Ehrenbeirat

Grußbotschaften



Grußwort Betriebsrentner e.V.

Die beeindruckende Arbeit der Gründungsmitglieder der ADG, der Herren Dr. Horst Morgan und Otto W. Teufel, hat wiederum das Gründungsmitglied des Betriebsrentner e.V., Herrn Heydrich, zur Kontaktaufnahme und Diskussion der gemeinsamen Ziele veranlasst. Insbesondere die Arbeiten am Positionspapier „Soziale Sicherung in Deutschland“ führten letztendlich am 19. November 2010 zu dem Beschluss, die Kooperationsgemeinschaft „Soziale Sicherung in Deutschland“ zu gründen. Wir wünschen uns und der ADG noch viele Jahre der fruchtbaren Zusammenarbeit und hoffen auf gemeinsame Erfolge, die uns unseren Zielen näher bringen.

Mit den besten Wünschen
Wilhelm Fischer und Jürgen Zaun



Grußwort Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

Herzlichen Glückwunsch 20 Jahre ADG in BRR Aktuell vom November 2016. Am 11. Oktober 2016 feierte unser Kooperationspartner Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. (ADG) in Verbindung mit der Mitgliederversammlung 2016 ihr 20jähriges Bestehen. Im Kulturzentrum Ramersdorf konnten zahlreiche Mitglieder sowie Frau Hanne Schweitzer vom Kooperationspartner Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln, und zwei Vertreter des Kooperationspartners Betriebsrentner e.V., Landsberg am Lech, begrüßt werden. Der Ehrenbeirat der ADG, Herr Otto W. Teufel, referierte über die Anfänge der ADG und ihre Entwicklung bis heute und zeigte die immer noch gleichen Schwierigkeiten auf, politische Mandatsträger für die Besitzstände und Interessen der gesetzlich Versicherten zu

gewinnen. Er erinnerte an die vielen Politiker in allen Parteien, die besonders vor Wahlen den Zielen der ADG gerne zugestimmt und Unterstützung zugesagt hätten, aber niemals Taten folgen ließen. Auch die Inanspruchnahme rechtlicher und gesellschaftspolitischer Möglichkeiten, wie Klagen oder Petitionen, führten im Kampf gegen die sozialen Ungerechtigkeiten kaum zu Erfolgen. Herr Teufel wies zurecht darauf hin, dass die Zwei-Klassengesellschaft in der Gesundheits- und Altersversorgung aber genauso in der Sozialrechtsprechung weiter eine unzeitgemäße bittere Realität ist. Es bedürfe noch vieler Anstrengungen um der deutschen Gesetzgebung Standards abzurufen, die in den meisten modernen, europäischen Staaten längst selbstverständlich sind. Seine Botschaft lautete, nicht locker zu lassen. Er wünschte der ADG dabei viel Erfolg. Ein Impulsvortrag von Herrn Helmut Wiesmeth zur Organisation und zu den Aktivitäten der ADG sowie ein Grußwort des ADG-Mitbegründers Herrn Dr. Horst Morgan rundeten das Festprogramm ab. BRR gratuliert der ADG nicht nur zum Jubiläum, sondern vor allem zu der beispielhaften Sacharbeit und zu den hervorragenden Recherchen in den gesetzlichen Sozialsystemen. Dies ist verbunden mit den Namen: Otto W. Teufel und Dr. Horst Morgan als ADG-Gründungsmitglieder. Herr Otto W. Teufel ist aus Altersgründen leider nicht mehr im ADG-Vorstand. Wir wünschen der ADG weiterhin Persönlichkeiten, die das Erbe von Herrn Otto W. Teufel fortführen und weiterentwickeln können. Wir freuen uns auf eine weitere gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Herzlichen Glückwunsch.

Herbert Heinritz und Bernhard Eicher

**Büro gegen
Altersdiskriminierung**



Grußwort Büro gegen Altersdiskriminierung, Frau Hanne Schweitzer, Köln

Eine respektvolle Fernbeziehung: ADG und das Büro gegen Altersdiskriminierung. Im Jahr 2000 beschloss das Büro gegen Altersdiskriminierung e.V. eine Bestandsaufnahme des damals noch so gut wie nie thematisierten Problems der Altersdiskriminierung zu versuchen. Das Projekt nannten wir: „1. bundesweiter Beschwerdetag zum Thema Altersdiskriminierung“. Wir wollten, um Änderungen herbei-

zuföhren belegen, dass und in welchen gesellschaftlichen Bereichen Altersdiskriminierung stattfindet. Wir waren naiv, wir hatten kein Geld, aber die geballte Ladung unseres und des Engagements unserer Unterstützer.

Im Verlauf eines Jahres konnten wir 61 Organisationen für das Projekt gewinnen, dazu gehörte auch die ADG und damit die Erkenntnis, dass auch der Staat maßgeblich an Altersdiskriminierung beteiligt ist. Unsere Kontakte liefen damals über die Post und das Telefon. Eine Webseite oder Emails gab es nicht. Trotzdem fanden wir zusammen. Die ADG gehörte zu den 29 Unterstützerorganisationen, die nicht dezidiert mit den Problemen des hohen Lebensalters befasst waren. Und die ADG gehörte auch zu den vier (!) Organisationen, die unser Projekt mit mehr als 100 Euro unterstützten. Damit nicht genug. Am Mittwoch, dem 21. November 2001 reisten die ADG'ler Herr Albert Hartl und Herr Thomas Barenthin mit dem Zug aus Bayern ins ferne Köln. Sie hatten sich, zusammen mit 50 anderen Personen, bereit erklärt, an diesem Tag als unbezahlte Telefonisten zu arbeiten und am „Beschwerdetag“ die telefonisch vorgebrachten Fallbeispiele zum Thema Altersdiskriminierung entgegenzunehmen und zu protokollieren. Ein langer Tag, denn die Beschwerden konnten von acht Uhr morgens bis acht Uhr abends über die Telefonnummer einer bundesweiten Hotline durchgegeben werden.

Wenn ich mich richtig erinnere, lernten wir uns im Vierscheibenhaus des WDR kennen. Der Sender hatte 10 Telefone zur Verfügung gestellt, auf die die Hotline geschaltet war. Weitere Telefone gab es in Erfurt, Berlin und Lübeck. Wir waren sehr beeindruckt davon, dass die beiden Herren die weite Reise ohne jede Gegenleistung von uns auf sich genommen hatten. Und in all dem Tohubawohu beim WDR, wo u.a. die Leitungen zusammenbrachen, fand sich keine Gelegenheit (ich glaube, es gab nicht mal was zu essen und zu trinken) zu einem ausführlicheren Gespräch. Einige Monate später rief mich Herr Teufel an, und nannte einen Termin, an dem er jemandem vor dem Sozialgericht in Köln beistehen würde. Als ich ihn fragte, ob ich mit ein paar Leuten und Transparenten vorbeikommen sollte, lehnte er das energisch ab. Ich lernte: Remmidemmi im Sozialgericht verärgert den Richter. Aber nach dem Gerichtstermin saßen wir zusammen und überlegten, wie wir unsere (Er)Kenntnisse über das, was falsch läuft in diesem Staat, am besten unter die Leute bringen könnten. Seit diesen Begegnungen bin ich der ADG eng verbunden. Ich vertraue auf ihren Sachverstand und ihre nicht korrumpierbare, am Gemeinwohl orientierte Informations- und Aktionspolitik.

Hanne Schweitzer, Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln, 21. August 2016.

I. Chronologie bis 2005

Vorgeschichte, 1990 bis 1996

Siemens übernimmt im Jahr 1990 Nixdorf und führt beide Firmen im Bereich Daten- und Informationssysteme zur Siemens Nixdorf Informationssysteme AG (SNI) zusammen.

■ 1992:

Nach Untersuchungen von McKinsey werden am Standort München-Perlach umfangreiche Umstrukturierungen durchgeführt.

■ 1994:

Eine schmerzhaftes Gesundschumpfung mit dem Verlust mehrerer Tausend Arbeitsplätze bei SNI wird eingeleitet. Auch der Standort München-Perlach ist von der Frühpensionierung stark betroffen.

■ 1995:

Die Informationen und Abmachungen zum Vorruhestand sind bei den einzelnen Mitarbeitern sehr unterschiedlich. Vom Personalbüro, vom Arbeitsamt, von der Rentenversicherung, von den Krankenkassen und vom Betriebsrat werden die gesetzlichen und betriebsinternen Bestimmungen sehr unterschiedlich ausgelegt. Einige Kollegen tauschen ihre Erfahrungen aus und aus den „Glorreichen Sieben“ werden schnell mehrere Hundert Betroffene mit den unterschiedlichsten Problemen. Sie organisieren sich zur „Vorruhestands-Initiative Perlach“, die V.I.P. Die V.I.P. stellt die offenen Punkte zusammen. Diese werden dann von hochkarätigen Experten vom Personalbüro, vom Arbeitsamt, von der Rentenversicherung, von der Siemens Betriebskrankenkasse (SBK) und vom Betriebsrat (Herrn Otto W. Teufel) in mehreren Großveranstaltungen im Siemens-Gelände geklärt.

■ 1996:

Viele Kollegen sind bereits im Vorruhestand, aber die V.I.P. löst sich nicht auf. Sie lebt weiter in den vier Aktivgruppen Vorsorgeplanung, PC-Weiterbildung, Sprachen-Weiterbildung und Sport. Bei einer der letzten V.I.P.-Veranstaltungen wirbt Herr Dr. Morgenbrod (später Dr. Morgan) um die Gründung eines Vereins, der für die Sicherung des sozialen Friedens, die Neuordnung der Steuergesetzgebung und des Bildungswesens und den Abbau von Subventionen eintritt. Bei genügend Mitgliedern ist das Endziel die Gründung einer neuen Partei. Letzteres kam bei vielen V.I.P.-Kollegen nicht gut an.

Gründung der Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. (ADG)

- 31. Oktober 1996
- 22. November 1996

Zum Vorstand wurden gewählt:

- 1. Vorstand: Herr Dr. Horst Morgenbrod (Anm.: später Dr. Morgan)
- Stellvertr. Vorstand: Herr Otto W. Teufel
- Schatzmeister: Herr Jochen Döring
- Schriftführer: Herr Helmut Ptacek
- Beisitzerin: Frau Irene Asanger-Linder
- Beisitzer: Herr Albert Hartl
- Beisitzer: Herr Hans-Bernd Kukulla

Die Vereinsziele sind:

- Reduzierung der staatlichen Verschwendung;
- Verringerung der Verwaltungskosten;
- Einschränkung unsinniger Subventionen;
- Befreiung der Sozialversicherungen von Fremdlasten.

Die Gründung einer neuen Partei ist kein Ziel der ADG.

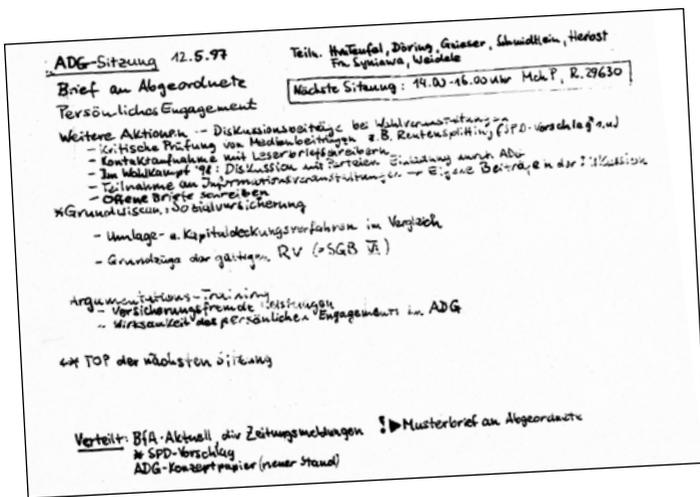
1997

- 26. März 1997: Mitgliederversammlung im Georg-von-Vollmar-Haus am Oberanger in München. Von 160 Mitgliedern erscheinen ca. 130 zur Versammlung (87 %). Zu den V.I.P.-Kollegen kommen jetzt auch noch Kollegen von anderen Siemens-Standorten und Nicht-Siemensbeschäftigte dazu.

Um die Vereinsziele erreichen zu können und den Vorstand zu entlasten, werden fünf Aktionsgruppen gebildet:

- Aktionsgruppe Verschwendung;
- Aktionsgruppe Subventionen;
- Aktionsgruppe Sozialversicherung;
- Aktionsgruppe Information und Werbung;
- Aktionsgruppe Polit-Aktionen.

29 Mitglieder melden sich spontan zur Mitarbeit. Die hohe Mitgliederzahl ist auch damit zu erklären, dass am 25. September 1996 kurzfristig das WFG (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz) beschlossen wurde. Das Gesetz bringt rückwirkende Rentenkürzungen für alle zukünftigen Rentner. Die im Vorruhe-



12.5.1997
 Protokoll von der
 1. ADG-Sitzung der
 Aktionsgruppe
 Sozialversicherung

stand befindlichen Kollegen haben hohe Verluste, denn die Basis für die Berechnung ihrer Aufhebungsverträge war eine andere. Sie suchen Hilfe bei der ADG.

Die wesentlichen Verschlechterungen durch das WFG waren:

- Kürzung bei der Anrechnung und Höherbewertung der ersten Berufsjahre von vier auf drei Jahre.
- Kürzung bei der Anrechnung von Schul- und Studienzeiten auf max. drei Jahre.
- Stufenweise Anhebung der Altersgrenzen ab 1. Januar 1997 von 60 auf 65 Jahre.

- Die einzelnen Aktionsgruppen treffen sich 14-täglich zu Arbeitsgesprächen.
- Es entstehen die ersten Info-Blätter über die Auswirkungen des WFG in der Rentenversicherung und zur Arbeitslosigkeit. 32 Monate Arbeitslosigkeit nach dem Erwerbsleben war bei den meisten Kollegen Bestand der Vorruhestandsregelung.
- Kollegen haben Probleme mit dem Arbeitsamt. Die ADG unterstützt beim Widerspruch zu den Sperr- und Ruhezeiten. Durch rege Teilnahme an den öffentlichen Verhandlungen am Arbeitsgericht werden die Kollegen moralisch unterstützt.
- Unterschriften-Aktion zum Volksbegehren „Schlanker Staat“ zur Abschaffung des Senats und Verbreitung des dazugehörigen ADG-Flyers.
- Bei einer Mitgliederversammlung löste eine Meldung einen Schock aus. Bei mindestens sechs Kollegen hat es im Zusammenhang mit der betriebsbedingten Kündigung eine Hausdurchsuchung gegeben. Der Vorwurf lautete dabei

„Verdacht auf Beihilfe zur Erschleichung von Sozialleistungen“. Nun werden die Opfer zu Tätern gemacht. Die Verfahren wurden nach Jahren eingestellt.

- Teilnahme an einer SPD-Veranstaltung mit Diskussion zum Thema „Rente“; u. a. mit Frau Ulrike Mascher, MdB und Herrn Fritz Schösser, MdB (DGB).
- Brief an 349 Bundestagsabgeordnete der Koalition, ihre Entscheidung für die noch bevorstehende Verabschiedung, das Rentenreformgesetz '99 nochmals zu überdenken. Es ist das dritte Gesetz innerhalb von knapp zwei Jahren, das gravierende Verschlechterungen für die Versicherten und auch für diejenigen, die schon Rente beziehen, bringt.
- Einmal im Monat treffen sich alle Aktionsgruppen zu einem Meinungsaustausch im Bella Italia, Oberanger in München.
- Die Aktionsgruppe Sozialversicherung verteilt ihre Aufgaben in die Gruppen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.
- Die Gruppe „Krankenversicherung“ nimmt engen Kontakt zur Siemens Betriebskrankenkasse (SBK) auf und besucht regelmäßig die öffentlichen Verwaltungsratssitzungen.
- Viele Mitglieder haben noch keine Mail-Adresse und sind bei besonderen Ereignissen nicht kurzfristig erreichbar. Dafür wird eine Telefonstafette für 192 Mitglieder eingerichtet; 175 sind bereits erfasst.
- Die ADG bekommt ihr erstes Logo für Druckschriften und Schriftverkehr, erstellt von einem Mitglied.



1998

- Die ADG veranstaltet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Schlanker Staat ohne Senat“ u. a. mit Herrn Bruno Merk, Innenminister a. D.
- Die ADG errichtet an mehreren Plätzen in München Infostände. Bei einer Vielzahl von Gesprächen und Diskussionen mit interessierten Bürgern werden auch diverse Flyer verteilt. In der Theatinerstraße waren es in wenigen Stunden 500 Sätze mit je drei Flyern.

- Herausgabe des ersten ADG-Forums (ADG-Zeitung).
- Die ADG veranstaltet vor den Bundestagswahlen 1998 zwei Podiumsdiskussionen zum Thema „Soziale Sicherungssysteme vor dem Aus“, einmal u. a. mit Herrn Herbert Frankenhauser, MdB (CSU) und Frau Ulrike Mascher, MdB (SPD) und einmal u. a. mit Herrn Gerhard Losher (Freie Wähler) und Herrn Dr. Anton Wächter (ödp).
- Herr Otto W. Teufel hält eine Reihe von Vorträgen zum Thema „Rentenkürzungen, es trifft auch Sie!“.
- Das erste Logo mit der Spirale wird vom Mitglied, das es gestaltet hat, zurückgezogen und kann urheberrechtlich nicht mehr verwendet werden. Das neue Logo wird von den Dipl.-Grafik-Designerinnen Antonia Berger und Katja Bläßer entworfen. Ebenso empfehlen sie, die Frutiger-Schriftschnitte (Light, Roman und Bold), inklusiv der Kursiv-Version Italic zu verwenden.



- Die Kohl-Regierung wurde abgewählt, die ADG hat dazu einen kleinen Beitrag geleistet. Man hofft, dass mit der Schröder-Regierung die soziale Wende kommt.
- Die Gruppe „Krankenversicherung“ übernimmt auch die Themen der Pflegeversicherung.
- Die ADG ist mit ihrer Homepage www.adg-ev.de im Internet.
- An verschiedenen Orten wird eine Reihe von Vorträgen gehalten zum Thema „Rentenkürzungen, es trifft auch Sie!“
- Mit der neuen Bundesregierung haben sich nach drei Monaten Situation und Probleme nicht geändert. Wo SPD und Grüne im Wahlkampf noch für mehr soziale Gerechtigkeit, für die Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung und für die Rücknahme der Unrechtsgesetze von 1996 ausgesprochen haben, klingen die Töne jetzt sehr viel differenzierter. Alle Bundestagsabgeordneten von SPD und Bündnis 90/Grünen werden angeschrieben und zum Handeln aufgefordert.

1999

- Herr Otto W. Teufel erhebt wegen seines Rentenbescheids beim Sozialgericht München Klage gegen die BfA (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte).

Grundlage der Klage ist, dass der Gesetzgeber in den letzten 40 Jahren mehrmals massiv das Rentenrecht geändert hat. Zum Teil auch mit der Folge, dass bereits nach Recht und Gesetz erworbene Ansprüche rückwirkend zum Nachteil der Rentner verändert wurden. Dieses Verhalten widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen und ist verfassungswidrig. Schwerpunkte der Klage sind Kürzungen bei der Anrechnung und Höherbewertung der ersten Berufsjahre und bei den Schul- und Studienzeiten. Herr Otto W. Teufel stellt die Grundlagen seiner Klage der ADG zur Verfügung, sodass Bürger nach Erhalt ihres Rentenbescheides selbst dagegen klagen können. Es folgt in den nächsten Jahren eine Flut von Klagen vor den Sozial- und Landessozialgerichten (SG und LSG). Bei vielen, vielen Verhandlungen steht Herr Otto W. Teufel als Beistand zur Verfügung und ADG-Mitglieder überfüllen die Zuhörerbanken.

Leider wurden alle Klagen sowohl in der ersten (SG) als auch in der zweiten Instanz (LSG) abgewiesen. Nur bei wenigen Verfahren wurde eine Revision zum Bundessozialgericht (BSG) zugelassen. Im ersten Fall hat uns der beauftragte Anwalt im Stich gelassen, in dem er einen Mitarbeiter zur Verhandlung nach Kassel schickte, der mit unserer Materie vollständig überfordert war. Mit einem neuen Anwalt konnten wir noch zwei Verfahren bis zum BSG bringen. Beide Verfahren wurden vom BSG als unzulässig verworfen (am 13.11.2008 und am 28.04.2009), weil sich ja die Vorinstanzen auf höchstrichterliche Entscheidungen berufen hätten. Höchstrichterliche Entscheidungen, die wir allerdings hinterfragen wollten. In beiden Fällen haben wir anschließend zwei Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe eingereicht, die beide bedauerlicherweise nicht zur Entscheidung angenommen wurden, ohne jegliche Auseinandersetzung mit unseren Argumenten. Auch unsere darauf folgenden Beschwerden zum EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) wurden für unzulässig erklärt, aus angeblich formalen Gründen (am 28.11.2013 und am 16.01.2014).

- Podiumsdiskussion mit einem Vertreter der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) zum Thema „Ende des Generationenvertrags? Plündern die Alten die Jungen aus?“ In einer weiteren Podiumsdiskussion mit Vertretern von CSU, SPD und Grünen (Frau Theresa Schopper) zum Thema „Politikverdrossenheit“ war auch Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher unter den Gästen.
- Die ADG wird Mitglied beim Verein „Mehr Demokratie“.

- Herr Otto W. Teufel hält seinen Vortrag „Rentenkürzungen, es trifft auch Sie!“ in Kirchheim auf Einladung der örtlichen CSU. Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 2.10.1999 von diesem Abend: Nein, Wahlkampfrhetorik oder ein erster Triumph über die Rot-Grüne Bundesregierung in Berlin war an diesem Abend nicht möglich. Denn die Kritik an der Rentenpolitik, die der Kirchheimer Versicherungssälteste Otto W. Teufel den CSU-Mitgliedern auf ihrer Monatsversammlung im Gasthof Eberle vortrug, beschränkte sich nicht auf aktuelle Pläne von Arbeitsminister Walter Riester. Herr Otto W. Teufel analysierte die Wurzeln des derzeitigen Chaos, und das haben – so das unausgesprochene Fazit des Abends – alle Parteien zu verantworten, seit bei der großen Rentenreform unter Konrad Adenauer im Jahre 1957 der Aufbau eines Versicherungssystems versäumt worden ist, in das alle Berufstätigen gleichermaßen einzahlen und das die Beitragszahler nicht im Zweifel über die Höhe ihrer tatsächlichen Bezüge im Alter lässt. So löste Herr Otto W. Teufels Vortrag nur einige Nachfragen und sonst betroffenes Schweigen aus.
- Die Möglichkeit der Spendenabzugsfähigkeit wird beim Finanzamt (FA) erfragt. Die Empfehlungen des FA für die Erreichung der Spendenabzugsfähigkeit:
 - Schwerpunkt des Vereinszweckes sollte die Erwachsenenbildung auf Schulniveau sein;
 - es sollten keine politischen Inhalte, schon gar keine parteipolitischen, sondern Grundlagen im Sinne des Sozialkunde-Unterrichts vermittelt werden;
 - es sollten zu Diskussionen keine Politiker, sondern Experten geladen werden. Von der BfA, von Ministerien, etc.

Die ADG lässt sich einen Kernpunkt ihres Anliegens vom FA nicht zunichte machen und beantragt die Gemeinnützigkeit ohne Spendenabzugsfähigkeit.

2000

- Die ADG-Broschüre „Informationen zur geplanten Rentenstrukturreform“ wird mit Anschreiben an alle 671 Bundestagsabgeordneten versandt. Zusätzlich wurde sie noch ca. 120 Mal an bekannte Politiker und öffentliche Personen wie zum Beispiel an Frau Sabine Christiansen oder an die Herren Erich Böhme, Marc Hujer, Heribert Prantl und Martin Schumacher verschickt.
- Die Süddeutsche Zeitung berichtet, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Verfassungsbeschwerde eines Arbeitnehmers wegen der Verwen-

derung seiner Rentenversicherungsbeiträge zugunsten sogenannter versicherungsfremder Leistungen und Transferleistungen im Rahmen des Aufbaus Ost nicht zur Entscheidung angenommen hat. In der Begründung führt das BVerfG u. a. aus, „in der Sozialversicherung hätten andere Gesichtspunkte zu gelten als in der Privatversicherung. Zu Gunsten des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit dürfe der Gesetzgeber Rentenansprüche beschränken. Die Gesetzliche Rentenversicherung beruhe wesentlich auf dem Gedanken der Solidarität ihrer Mitglieder. Dazu ein veröffentlichter Leserbrief von Herrn Otto W. Teufel unter der Überschrift „BVerfG-Urteil ist eine Perversion des Begriffs Solidarität“.

Einige Auszüge:

„Es besteht ja schon lange der Eindruck, dass das BVerfG auf dem Arbeitnehmergebiet nicht besonders gut sieht. Insofern ist es nicht mehr überraschend, dass das BVerfG erneut die Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen aus Arbeitnehmerbeiträgen für zulässig erklärt hat. – Was ist das für ein Rechtsstaat, der einerseits die abhängig Beschäftigten zwingt, mit erheblichen Beiträgen für ihr Alter vorzusorgen, andererseits aber zulässt, dass diese Beiträge von der Politik beliebig verwendet werden dürfen. – Hier werden rechtsstaatliche Grundsätze massiv verletzt. – Wenn das BVerfG erklärt, die gesamte Rentenversicherung beruhe wesentlich auf Solidarität, und gleichzeitig zulässt, dass umfangreiche Aufgaben der gesamten Gesellschaft auf die kleinen Leute abgewälzt werden, ist das eine Perversion des Begriffs Solidarität. Aber diese Damen und Herren sind ja nicht betroffen, frei nach dem Motto: Mein Wohl gleich Gemeinwohl.“ Das war wohl einer der letzten Leserbriefe, den die Süddeutsche Zeitung von Herrn Otto W. Teufel veröffentlichte.

- Bei einem Termin am Sozialgericht erklärt das Gericht, dass es nur um eine „Erörterung des Sachverhalts“ geht und die Sitzung nicht öffentlich ist. Für die etwa 50 bis 60 interessierten Kolleginnen und Kollegen ist das sehr bedauerlich. Auch auf die Bitte von Herrn Otto W. Teufel hin erlaubt der Richter den Wartenden nicht, an dem Termin teilzunehmen. Das einzige Ziel des Richters ist, das Verfahren ruhen zu lassen, was von Herrn Otto W. Teufel abgelehnt wird. Der Richter ist auch nicht bereit einen Verhandlungstermin zu nennen. Die Begründung: „Ich habe sehr viele Verfahren, die für mich eine höhere Priorität haben“.

■ 7. November 2000: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

Zum Vorstand wurden gewählt:

1. Vorsitzender: Herr Albert Hartl

Stellvertr. Vorsitzender: Herr Otto W. Teufel

Schatzmeister: Herr Jochen Döring

Schriftführer: Herr Helmut Ptacek

Beisitzerin: Frau Irene Asanger-Linder

Beisitzerin: Frau Gunda Wolf-Tinapp

Beisitzer: Herr Dr. Horst Morgenbrod

2001

■ Der Gesetzgeber hat eine weitere Rentenreform verabschiedet, die fünfte innerhalb der vergangenen zehn Jahre. Wieder mit drastischen Verschlechterungen für Versicherte und Rentner, z. B.:

- Absenkung des Rentenniveaus erst um 4,5% und dann nochmals um 10%;
- steuerlich geförderte private Altersversorgung, Beiträge zahlen nur Arbeitnehmer (Riesterrente);
- bei Schwerbehinderten-, Erwerbsminderungs- und Witwenrenten Abzug von bis zu 10,8% bei Frühverrentung;
- Absenkung der Witwenrente auf 55%.

Wir schreiben einen Brief an alle Bundestagsabgeordnete mit vier Fragen und wollen wissen:

- warum Arbeitnehmer Mitglied in der Gesetzlichen Rentenversicherung werden müssen, obwohl sie da wesentlich schlechter gestellt sind als Mitglieder anderer Altersvorsorgesysteme;
- sind Sie wie die Bundesregierung der Meinung, dass es keine Armut bei Rentnern gibt, da diese ja die Möglichkeit haben, gegebenenfalls Sozialhilfe zu beziehen;
- sind Sie für Transparenz bei den Rentenausgaben (Stichwort versicherungsfremde Leistungen);
- gibt es einen Grund für junge Frauen zu glauben, dass die heutigen Versprechen der Politiker eine längere Lebensdauer haben, nachdem die Reformen im Rentenrecht in den 90er Jahren dazu geführt haben, dass ältere Frauen bis zu vier Kinder haben müssen, um nicht schlechter dazustehen als vor der Einführung der Kindererziehungszeit im Jahre 1986?

Wir erhalten 12 Antworten mit mehr oder weniger bekannten Politikerphrasen.

- Inzwischen haben 95 Bürger unsere Musterschreiben verwendet, um einen Widerspruch gegen ihren Rentenbescheid zu formulieren, und 54 davon auch bei der anschließenden Klage beim Sozialgericht. Wir haben erfahren, dass die Kläger am Sozialgericht zur Verhandlung einen sogenannten Beistand mitbringen können, der kein Jurist sein muss. Die ADG kann also Bürger bei eventuellen Terminen beim Sozialgericht fachkundig unterstützen.
- Wir nehmen erste Kontakte mit Attac Deutschland auf.
- Die ADG versucht durch Zusammenarbeit mit anderen Vereinen eine breitere Basis und damit bessere Wirkungen bei Aktionen zu erzielen. Die ADG arbeitet mit folgenden Vereinen zusammen: Büro gegen Altersdiskriminierung (baldis), Mehr Demokratie e.V. und Bündnis für mehr Demokratie (BED) von Frau Hildgard Hamm-Brücher.

2002

- Inzwischen hat die ADG in 124 Fällen angehenden Rentnern bei der Abfassung eines Widerspruchsschreibens und in 76 Fällen bei der Abfassung einer Klageschrift geholfen. Beim Sozialgericht wurden bisher zwei Klagen verhandelt, zu denen Herr Otto W. Teufel als sogenannter Beistand mit zur Verhandlung ging.
- Es gibt nur noch die Aktionsgruppe „Sozialversicherung“, die anderen haben sich inzwischen aufgelöst.
- Wir nehmen mehrmals an Diskussionsrunden zum Thema „Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“ bei Attac im Eine-Welt-Haus teil.
- 10. Oktober 2002: Mitgliederversammlung

Im Vorstandsbericht beklagt Herr Otto W. Teufel die Entscheidungen am Sozialgericht. Die ADG unterstützt die Kollegen, die sich nach dem Rentenbescheid gegen die verfassungswidrigen Kürzungen zur Wehr setzten.

Schwerpunkte sind:

- der drastische Rentenabschlag, bis zu 18 % bei Neurentnern,
- die rückwirkenden Kürzungen von bereits nach Recht und Gesetz erworbenen Ansprüche für die ersten fünf Kalenderjahre mit Pflichtbeitragszeiten, die sogenannte berufliche Ausbildung und



2011
Messe „Die 66“

Impressionen
zu Aktivitäten
der ADG

ADG AKTION DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT E.V.
 Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern für eine lebenswerte Zukunft in einem sozialen und gerechten Staat

sozial | solidarisch | gerecht



2011
Messe „Die 66“

2017
Plakat
Messe „Die 66“



2007
Messe „Die 66“

- die rückwirkenden Kürzungen von bereits nach Recht und Gesetz erworbenen Ansprüchen für Zeiten des Schul-, Fachschul- und Hochschulbesuchs, die sogenannten schulischen Ausbildungszeiten.

Die Richter haben sich auf keine Sachdiskussion eingelassen. Alle sind praktisch mit vorgefertigtem Urteil in die Verhandlungen gekommen, das heißt, die Klagen wurden abgewiesen. Wenn das zutrifft, was die BfA und die Sozialgerichte behaupten, dann hat das BVerfG außerdem gesagt, dass es die Versicherten praktisch nichts angeht, was der Gesetzgeber mit den Beiträgen macht, andererseits auch, dass der Gesetzgeber unsere Rentenansprüche entgegen den Grundsätzen von Treu und Glauben beliebig kürzen darf, wenn nicht mehr genug Geld in der Kasse ist. Eine weitere Belastung droht den Rentnern, wenn das Urteil des BVerfG zur Rentenbesteuerung Gesetz wird. Der bisher zu versteuernde Ertragsanteil von 30% kann aus Sicht des BVerfG auf 70% des Rentenbetrags angehoben werden und dann noch jährlich um 1%. Hier wird sehr schnell eine Doppelbesteuerung erreicht, denn bereits versteuerte Rentenbeiträge werden bei der Rente nochmals besteuert.

2003

- Die jährliche Rentenerhöhung bleibt zum vierten Mal hintereinander weit hinter den Lohn- und Gehaltserhöhungen des jeweiligen Vorjahres zurück. Die Rentenanpassung wird um den Riesterfaktor gekürzt. Die ADG entwirft einen Musterbrief „Widerspruch zur Rentenanpassung zum 1. Juli 2003“. Nach dem ablehnenden Widerspruchsbescheid werden Bürger auch beim Verfassen der Klage zum Sozialgericht unterstützt.
- Die ADG veranstaltet eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Die Zukunft des Sozialstaats aus Sicht der Beitragszahler“. Teilnehmer sind u. a. Herr Dr. Otto Bertermann (FDP), Frau MdB Hannelore Roedel (CSU), Frau MdL Theresa Schopper (Bündnis90/Die Grünen) und Herr MdL Ludwig Wörner (SPD).
- Inzwischen haben 197 Bürger einen Widerspruch gegen den Rentenbescheid eingelegt und in 126 Fällen davon bereits eine Klage zum Sozialgericht. Bei den meisten der 38 bereits verhandelten Fälle leisteten Herr Otto W. Teufel Beistand und viele ADG-Mitglieder als Zuhörer moralische Unterstützung. Da alle Urteile leider negativ ausfielen, haben wir in 30 Fällen die notwendigen Berufungen beim LSG begleitet. Am LSG finden die ersten Berufungsverhandlungen statt.

Auch hier wird Herr Otto W. Teufel als Beistand zugelassen und ADG-Mitglieder leisten als Zuhörer moralische Unterstützung.

- Die Mitarbeit bei Attac München wird eingestellt. Unsere Hoffnung, dass sich eine aktive Arbeitsgruppe zum Thema Soziale Sicherungssysteme bildet, hat sich leider zerschlagen.

2004

- Das „Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung“ oder „GKV-Modernisierungsgesetz“ (GMG) zum 1. Januar 2004 bringt diverse Verschlechterungen für die Versicherten und zusätzlich erhebliche Belastungen für Rentner:
 - Die Bestimmung, dass Pflichtversicherte Rentner aus Versorgungsbezügen (Firmenruhegeld) nur den halben Beitragssatz zahlen, wird aufgehoben.
 - Zur Finanzierung des Krankengeldes wird auch für pflichtversicherte Rentner ein zusätzlicher Beitrag in Höhe von 0,5% erhoben, obwohl sie kein Krankengeld erhalten.
 - Bei Direktversicherungen wird bei Auszahlung auf 10 Jahre verteilt der volle Beitragssatz erhoben.

Zusätzlich wird zum 1. Januar 2004 für Rentner der Beitragsanteil zur Pflegeversicherung verdoppelt.

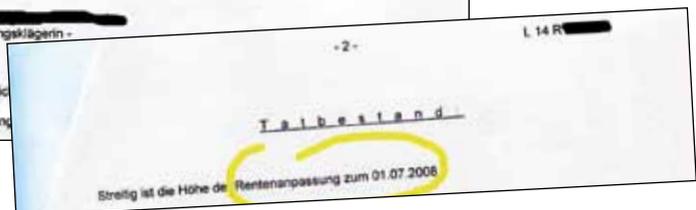
- Die ADG entwirft für einen etwaigen Widerspruch ein Musterschreiben, wie auch bei der ausgefallenen Rentenanpassung zum 1. Juli 2004.
- Die ADG startet eine Anzeigenaktion in der Süddeutschen Zeitung und macht Werbung in eigener Sache.
- Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten. Wir erklären unser Unverständnis über Entscheidungen des Gesetzgebers zu den Reformen der Sozialversicherungssysteme und appellieren an ihre Verantwortung im sozialen Rechtsstaat.
- Mitgliederversammlung mit einem Vortrag von Herrn Frank Rehberg vom Verein „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)“ und anschließender Diskussion zum Thema „Widerstand gegen die sozialen Einschnitte der Rot-Grünen Regierung (Hartz IV)“.

2005

- Schwerpunkt ist wieder die Begleitung von Klagen an den Sozialgerichten.
 - Gegen die ausgefallene Rentenanpassung zum 1. Juli 2005 erstellt die ADG für einen etwaigen Widerspruch ein Musterschreiben.
 - Es ist eine Neuregelung für die Altersversorgung der Abgeordneten im Gespräch.
- Wir stellen einen Musterbrief zur Verfügung, den alle Kollegen an ihren Abgeordneten schreiben sollen. Darin unterbreiten wir folgende Vorschläge an die Abgeordneten:
- Überführen Sie die Abgeordnetenversorgung in die Gesetzliche Rentenversicherung.
 - Ermöglichen Sie den Abgeordneten die zusätzliche private Altersversorgung entsprechend den Regelungen für die Förderrente (sogenannte Riesterreente).
 - Legen Sie die zusätzliche Pauschale für die Altersversorgung der Abgeordneten so fest, dass sie die Beiträge der genannten Punkte abdeckt.
- Mitgliederversammlung mit einem Vortrag von Herrn Albrecht Wild, Vorsitzender der Allianz der Mitte (ADM) und anschließender Diskussion zum Thema „Belange und Zukunftsvisionen für eine bessere Politik durch sozial gerechte und wirtschaftlich ausgewogene Reformen“.



Tatbestand Rentenanpassung 2008: Eines der vielen Urteile, welches die Rentenerhöhung von nur 1,1% (unterhalb der Inflationsrate) als richtig befand. Obwohl die Pensionäre im gleichen Jahr 3,1% Erhöhung zugebilligt bekamen, wurde exakt dieser Erhöhungssatz für die Klägerin (Rentnerin) abgelehnt.



II. Meilensteine und Ereignisse nach Themen

Wirken der ADG ab 2006

Innerhalb der ADG haben sich im Laufe der Jahre in vielerlei Hinsicht eine Reihe von Veränderungen ergeben. Sie waren teils durch die sich stark veränderte Sozialpolitik und der damit verbundenen Themen geprägt als auch durch die rasanten Veränderungen in den Medien und der damit verbundenen Aktivitäten. Die ursprünglich deutlich im Vordergrund gestandene individuelle Beratung und Begleitung bei Widersprüchen und Klagen für den Stamm der ADG-Mitglieder nahm etwas ab und an deren Stelle traten wegen der sich ständig verschlechternden Sozialgesetzgebung eher allgemein gehaltene und für jeden verwendbare Einwände, Widersprüche und Klagen. Auf breiter Front war politischer Ungehorsam angesagt, z.B. bei Nullrunden oder zu geringen Erhöhungen der Rentenwerte.

Dazu kamen personelle Umwälzungen innerhalb der ADG. Immer mehr Spezialwissen zu den verschiedenen Themen war gefragt und dementsprechend teilte sich die Kernarbeit etwas auf.

Insofern ist die Chronologie der weiteren Entwicklung der ADG ab etwa 2006 nicht mehr so leicht nur nach der zeitlichen Abfolge und damit protokollarisch darstellbar. Zu viele Ereignisse prägten gleichzeitig die Entwicklung der ADG, sodass nachfolgend versucht wird, diese unter den verschiedenen Einzelpunkten anschaulich und nachvollziehbar darzustellen.

Gründungsmitglieder, Vorstandschaft

Die Herren Dr. Horst Morgan (früher Morgenbrod), Otto W. Teufel, Jochen Döring, Helmut Ptacek, Albert Hartl, Hans-Bernd Kukulla sowie Frau Irene Asanger-Linder waren die Gründungsmitglieder der ADG.

Die aktuelle Zusammensetzung des Vorstands ist:

Vorsitzender: Herr Hendrik Hein

Stellvertr. Vorsitzender: Herr Diethard Linck

Schatzmeister: Herr Albert Hartl

Der frühere, langjährige stellvertretende Vorsitzende der ADG, Herr Otto W. Teufel, ist aufgrund seiner herausragenden Tätigkeit für die ADG seit 15. Oktober 2014 Ehrenbeirat der ADG.

Mitgliederentwicklung

Die ADG hat derzeit 180 Mitglieder. Die Mitglieder sind bundesweit, insbesondere auf den Großraum München verteilt.

War die ursprüngliche Mitgliederstruktur stark Siemens-orientiert, so ist sie inzwischen breit gefächert und umfasst alle Berufs- und Gesellschaftsschichten. Viele aktive Weggefährten mussten sich aus persönlichen oder gesundheitlichen Gründen zurückziehen. Das hat Lücken hinterlassen und ist sehr bedauerlich. Ihre ehemaligen Mitstreiter wünschen ihnen bestmögliche Gesundheit und alles Gute. Andere sind für immer von uns gegangen. Ihnen gebührt unser Andenken.

Der Zuwachs von Aktiven ist leider begrenzt. Noch immer glauben viele Bürger, dass die Sozialpolitik nur ein Thema der Älteren ist. Die wenigen Neuaufnahmen der letzten Jahre haben der ADG jedoch auch sehr aktive Mitglieder beschert. Das ist besonders erfreulich und schürt die Hoffnung auf ein zunehmendes Interesse, auch bei den jüngeren Generationen.

Arbeitsgruppen und Sitzungen

Grundsätzlich besteht der freie Zugang zu den Arbeitstreffen der ADG. Die Arbeitskreise (AK) „Sozialversicherung (SV)“ und „Sozialversicherung (GKV/GPV)“ haben mit dem 20-jährigen Bestehen der ADG jeweils nahezu 500 Mal getagt. Die Beteiligung an den Sitzungen war teilweise so stark, dass die Sitzgelegenheiten nicht ausreichend waren. Die Sitzungen finden üblicherweise im 14-täglichen Rhythmus, meist montags von 9:00 bis 12:00 Uhr statt.

Der erste Teil wird dem Gesundheitswesen gewidmet, anschließend sind schwerpunktmäßig die Altersversorgung sowie allgemeine soziale Brennpunkte an der Tagesordnung. Moderator des AK „Sozialversicherung (GKV/GPV)“ ist Herr Lutz Schowalter, während der AK „Sozialversicherung (SV)“ vornehmlich von Herrn Otto W. Teufel moderiert wurde. Später übernahmen diese Aufgabe die Herren Albert Hartl und Diethard Linck.

Alle behandelten Tagesordnungspunkte und Beschlüsse in den Sitzungen werden natürlich genauestens protokolliert. Bisher haben sich diese wichtige Arbeit u.a. Helmut Ptacek, Friedrich W. Meissner, Gerda Friedl, Otto W. Teufel, Gunda Wolf-Tinapp, Albert Hartl und Lutz Schowalter geteilt. Am 26.11.2010 fand die einzige Sitzung eines Arbeitskreises „Öffentlichkeitsarbeit“ statt. Sie wurde anlässlich der Schaffung eines Internetauftrittes für die ADG abgehalten. Dieses Vorhaben



Mitglieder des Arbeitskreises Sozialversicherung der ADG in der Sitzung vom 26. Oktober 2009.

wurde in der Folge jedoch schwerpunktmäßig von Herrn Diethard Linck in Verbindung mit einem externen Auftragnehmer und in permanenter, loser Abstimmung mit den Aktiven der ADG verfolgt und gesteuert. Deshalb brauchte dieser AK auch nicht weiter zu tagen. Dennoch notwendige Sitzungen wurden im Einzelfall individuell abgehalten. Die zentralen Diskussionsschwerpunkte der ADG bleiben die Altersvorsorge und -versorgung sowie das Gesundheitswesen.

In den Montags-Sitzungen der ADG schlägt das Herz des Vereins. Hier wird die inhaltliche Arbeit der ADG bestimmt. Hier fließen Informationen zusammen und gemeinsam werden Vorhaben vereinbart, Arbeitsfortschritte diskutiert, Beschlüsse gefasst und Ergebnisse hinterfragt. Wie in allen Vereinen tragen dabei relativ wenige Aktive die Hauptlast der notwendigen Arbeit. Diesen Leistungsträgern der Vereinsarbeit wird hier besonders gedankt. Sie opfern ausserordentlich viel Freizeit zum Wohle des Vereins und tragen wesentlich dazu bei, dass das Image der ADG für fachliche Kompetenz erhalten bleibt und der Erfolg des Vereins gesichert wird.

Veranstaltungen

Die jährlichen Mitgliederversammlungen oder Vereinsveranstaltungen fanden meist im Kulturzentrum Perlach/Ramersdorf am Hans-Seidel-Platz 1 in München statt. Sie reflektierten aktuelle Themen ebenso wie die Arbeit des Vorjahres sowie einen Ausblick auf die künftigen Vorhaben der ADG.



*Mitgliederversammlung
2014 mit dem Vortrag
„Profitwahn – Wege in
eine menschlichere Wirt-
schaft“ von Herrn Prof.
Dr. Christian Kreiß.*

Ab 2004 begleiteten Gastvorträge von allgemeinem Interesse die Veranstaltungen:

- 09.11.2004: Herr Frank Rehberg vom Verein „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“: Widerstand gegen die sozialen Einschnitte der Rot-Grünen Regierung (Hartz IV)
- 31.10.2006: Herr Dr. Klaus J. Klumpers: Enteignung der Alters-Rentner.
- 24.10.2007: Herr Dipl. päd. Claus Fussek: In Würde alt werden.
- 09.09.2008: Podiumsdiskussion Altersvorsorge – Zwei-Klassensystem? Mit Herrn Markus Blume, CSU; Herrn Markus Rinderspacher, SPD; Herrn Ralf J. Schumacher, Bündnis 90/Die Grünen; Herrn Klaus Ernst, Die Linke; Herrn Otto W. Teufel, ADG; Moderation: Herr Horst Weise.
- 28.10.2009: Herr Polizeihauptkommissar Kohlpaintner: POLIZEI – Potenzielle Opfer lernen individuell Zivilcourage und Eigensicherung.
- 05.10.2010: Herr Peter Reher: Ist unser System der Krankenversicherung noch zu retten?
- 11.10.2011: Herr Otto W. Teufel: Zwei-Klassenrecht führt zu einer Zwei-Klassengesellschaft.
- 30.10.2012: Herr RA Max Häring: Betreuungsvollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung, Organverfügung.
- 22.10.2013: Herr Holger Balodis und Frau Dagmar Hühne: Die Vorsorgelüge.

- 15.10.2014: Herr Prof. Dr. Christian Kreiß: Profitwahn – Wege in eine menschlichere Wirtschaft.
- 06.10.2015: Herr Dr. Horst Morgan: Das Alterseinkünftegesetz – SteuerUNgerechtigkeit für jung und alt“.
- 11.10.2016: Herr Otto W. Teufel: 20 Jahre ADG.
- 18.10.2017: Herr Otto W. Teufel: Versicherungsfremde Leistungen – Sondersteuer für Arbeitnehmer und Rentner – Steuersenkungsprogramm für Politiker, höhere Beamte u.a. Dieser Vortrag wurde aufgezeichnet und erscheint mit einem Interview auf youtube und auf einer DVD..

Satzungsgemäß werden auf den Mitgliederversammlungen auch die Vorstandswahlen ausgerichtet. Die Mitgliederversammlungen, Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen der ADG besuchen in der Regel zwischen 40 und 200 Mitglieder und Gäste. Auf Einladung anderer, sozialpolitisch engagierter Vereine oder Institutionen beteiligte sich die ADG auch an deren Versammlungen, Arbeitstreffen oder Veranstaltungen. Mit eigenen Infoständen auf Messen (z. B. in Neckarsulm) oder im öffentlichen Raum (z.B. in der Münchener Fußgängerzone) zeigte die ADG gegenüber der Bürgerschaft auf vielen Veranstaltungen mit viel Engagement Präsenz. Ab 2010 fanden, meist in Ulm, zusätzlich viele Treffen der neuen Kooperation „Soziale Sicherung in Deutschland“ statt, an denen die ADG regelmäßig teilnahm.



Impressionen von den Messen „Die 66“ 2007 und 2008: Vollbesetzter Vortragsraum und „Rentner“ als Blickfang auf dem ADG-Stand.





2009
Messestand „Die 66“



2011
Messestand „Die 66“



2015
Begleitende Demo auf
der Messe „Die 66“ am
18. April 2015.

Ebenso kontinuierlich nimmt Herr Lutz Schowalter seit 1997 an den jährlichen Verwaltungsratssitzungen der Siemens BKK teil, die bundesweit an verschiedenen Orten stattfinden. Häufig wird er dabei von einer wechselnden Anzahl von Mitgliedern des Arbeitskreises „Sozialversicherung (GKV/GPV)“ begleitet.

Messeteilnahmen

Vom 20. bis 22. April 2007 nimmt die ADG erstmals an der Messe „Die 66“, der größten Messe für alle ab 50, im M,O,C, München teil. Kritische Betrachtungen zum Zwei-Klassensystem in der Renten- und Krankenversicherung, zu den permanenten Kürzungen und zu den versicherungsfremden Leistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung sowie Aussagen zur Bürgerversicherung sind die Hauptthemen der Standpräsentation. In einem halbstündigen Vortrag mit anschließender Diskussion spricht der stellvertretende Vorsitzende der ADG, Herr Otto W. Teufel, zum Thema „Rentenrecht – Rentenunrecht“. Es folgen weitere Messeteilnahmen im M,O,C, München, jeweils mit Vorträgen von Herrn Otto W. Teufel:

- 11. bis 13. April 2008, Halle 3, Stand C10
Das Standthema war „Rentenrecht oder eher Unrecht“. Mit einer lebensgroßen Rentnerpuppe wurde auf das Unrecht in der gesetzlichen Altersvorsorge und -versorgung aufmerksam gemacht.
- 24. bis 26. April 2009, Halle 2, Stand D7
Vortrag „Altersversorgung in Deutschland – ein Zwei-Klassenrecht“.
- 11. bis 13. März 2011, Halle 2, Stand E03a
Vortrag „Altersversorgung in Deutschland: Zwei-Klassenrecht führt zu einer Zwei-Klassengesellschaft“.
- 17. bis 19. April 2015, Halle 4, Stand W06
Vortrag „Vom Zwei-Klassenrecht zur Zwei-Klassengesellschaft“.
Zudem findet vor der Messehalle eine Demonstration gegen Ungerechtigkeiten in unseren Sozialsystemen, für eine solidarische Bürgerversicherung sowie gegen ein Zwei-Klassensystem und gegen die immer stärker werdende Altersarmut statt. Unterstützt wird sie von den Kooperationspartnern Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. (BRR), Betriebsrentner e.V. (BRV), Büro gegen Altersdiskriminierung sowie von den Gruppierungen Rentner-Gewerkschaft Deutschland e.V. (RGD), Deutsche Rentner Union, Arbeitnehmer und Rentner Union e.V. (ARU), Europäische Liga sozialer Angelegenheiten (ELSA),

Bündnis Berliner Spitzen und Interessengemeinschaft GMG-geschädigte Direktversicherte. Herr Bernhard Eicher vom Kooperationspartner Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. (BRR) hielt eine bemerkenswerte Rede. Solidarisch anwesend waren Herr Klaus Ernst, MdB und Eva Bulling-Schröter, MdB, beide Die Linke.

Ab 2017 findet die Messe „Die 66“ im neuen Messegelände München-Riem statt. Die ADG präsentiert sich vom 19. bis 21. Mai 2017 in der Halle A5, Stand 321.

Interne und externe Kommunikation der ADG

Das ADG-Forum ist der Klassiker des Informationsaustausches mit den Mitgliedern. Es war ab 1998 über 18 Jahre lang die „Zeitung“ der ADG. Jährlich wurden drei bis vier Ausgaben erstellt. Ab dem 18. Jahrgang (2015) erschien das ADG-Forum im Zuge der Umstellung des ADG-Erscheinungsbildes in leicht modifizierter Art. Statt der bisher dreispaltigen Gestaltung trat eine zweiseitige. Die Abkehr vom Blocksatz zum Rauhsatz erfolgte schon zur dritten Ausgabe des 17. Jahrgangs (2014). Es folgten die sog. ADG-News, in welche das ADG-Forum inzwischen aufgegangen ist. Mit dem „täglichen Pressedienst“ der ADG wurden viele Jahre lang (bis 2016) vorselektierte Nachrichten von Print- und Online-Medien aus den Bereichen Recht, Soziales und Gesundheit sowie von tagesaktuellen Themen an Abonnenten verteilt. Die ADG führt mit Politikern aller Parteien, Sozialexperten sowie einschlägigen Vereinen, Verbänden und Institutionen einen permanenten Meinungsaustausch zur Sozialpolitik. Außerdem führt sie innerhalb eines bundesweiten Netzwerkes Dialoge zu sozialpolitischen Themen und artikuliert sich durch Leserbriefe in der Öffentlichkeit.

Die ADG hat sich anlässlich der Wahl des 19. Deutschen Bundestages am 24.9.2017 mit Forderungen zur Renten- und Gesundheitspolitik an 170 Mitglieder der Parteivorstände von CDU, CSU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie 765 Bundestagskandidaten des 19. Deutschen Bundestages gewandt. Die Forderungen wurden in zwei Flyern ausführlich dargestellt. Die Auswertung der Wahlanfragen sowie ein Vergleich der ADG-Forderungen mit den Wahlprogrammen der Parteien wurden rechtzeitig vor der Wahl öffentlich publiziert.

Unterstützung durch die ADG erfuhren:

- Die Initiative gegen Altersarmut, die bei der Sozialwahl 2016 eine eigene Liste bei der deutschen Rentenversicherung Bund einreichte.



*Kooperationstreffen
am 29. Oktober 2010
in Ulm.
v.l.n.r.: Die Herren
Herbert Heinritz und
Bernhard Eicher (beide
BRR) sowie Hans Lampl
(† 21.09.2017) und Otto
W. Teufel (beide ADG).*

- die Initiative Rentenvotum.de, die eine Petition an den deutschen Bundestag vorbereitet.
- Mehr Demokratie und das Bündnis „Volksentscheid“, die den bundesweiten dreistufigen Volksentscheid von unten (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) voranbringen wollen.

Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland, IgA und Mitgliedschaften

Am 19.11.2010 schlossen sich die Vereine

- Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. (ADG), München
- Büro gegen Altersdiskriminierung (Frau Schweitzer), Köln
- Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. (BRR), Bönnigheim sowie
- Betriebsrentner e.V. (BRV), Dießen (inzwischen Landsberg am Lech)

in Ulm zur Kooperation „Soziale Sicherung in Deutschland“ zusammen. Sie haben vereinbart, bei zunehmend einseitigen Risiken für die Beitragszahler und dem bestehenden Zwei-Klassensystem, die beide sichtbar in die Armut führen, Abhilfe zu schaffen. Es ist ihr Ziel, nicht nur die Unzulänglichkeiten und Fehlentwicklungen der bestehenden Sicherungssysteme offen zu legen, sondern Wege und Mittel aufzuzeigen, die den wahren Bedürfnissen der Bürger entsprechen. Viel Beachtung fand in diesem Zusammenhang das bereits in zweiter Auflage von der ADG und den Kooperationspartnern herausgegebene Positionspapier **„Soziale Sicherung in Deutschland“**. In ihm wird nicht nur die Ist-Situation der sozialen Sicherungssysteme dargestellt, sondern es werden auch konkrete Forderungen aufgestellt, wie diese Systeme zeitgemäßer und gerechter ausgestaltet werden

deutlich erhöht. Umgekehrt erreichen die ADG auf diesem Weg Nachrichten von Aktivitäten gleichgesinnter Mitstreiter. Über die Internetauftritte der ADG sowie denen der Kooperationspartner, weit voran das Büro gegen Altersdiskriminierung, werden monatlich durchschnittlich fast 20 000 Besucher zu den Themen unserer gemeinsamen sozialpolitischen Arbeit registriert.

Petitionen

Während mindestens der letzten 10 Jahre haben viele Petitionen in die Arbeit der ADG hineingewirkt. Als letztes demokratisches Mittel der Rechtsfindung haben die immer zahlreicher werdenden Petitionen allerdings zu mehr Enttäuschung als Hoffnung geführt. Besonders zwei Gesetze haben große Unzufriedenheit bei den Bürgern entfacht. Dies waren das sog. GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) vom 1.1.2004 und das Alterseinkünftegesetz vom 1.1.2005. Während ersteres durch den fehlenden Bestandsschutz und seine Rückwirkung auf Altverträge für Empörung sorgte, waren es beim zweiten die Anwendung falscher Zahlen, fehlerhafte Berechnungen und die Doppelbesteuerung, die unser Gründungsmitglied Dr. Horst Morgan nachwies und womit er das Gesetz als verfassungswidrig einstufte. Die Betroffenen haben darauf mit zahlreichen Klagen und Widersprüchen reagiert. In den meisten Fällen wurde allerdings abschlägig geurteilt, in einigen Fällen werden die Verfahren bis heute (künstlich?) hinausgezögert, sodass sie immer noch nicht entschieden sind. Teilweise wurden Beschwerden und Klagen, zuletzt vom Bundesverfassungsgericht, überhaupt nicht angenommen. Als letzte Auswege zur Abhilfe wurden deshalb von den Betroffenen Petitionen im Petitionsportal des Deutschen Bundestages, aber auch in freien Petitionsportalen wie openPetition eingereicht. Eine dieser Petitionen wurde von der ADG mit großem Aufwand unterstützt. Es ist bisher keine Petition bekannt, die bezüglich der beiden vorgenannten Gesetze erfolgreich war. Dabei waren sämtliche Verfahren von den gleichen organisatorischen Hindernissen, der Intransparenz, der Willkür und der fehlenden Bereitschaft zum Revidieren falscher Entscheidungen bzw. der Anerkennung neuer Erkenntnisse geprägt. Uns liegt eine kaum mehr überschaubare Menge an Korrespondenz zwischen den Petenten und dem Petitionsausschuss vor.

Zum Thema „Direktversicherung“ wurden mehr als 200 Petitionen eingereicht. Davon wurden 197 vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages als „Mehrfachpetitionen“ eingeordnet und in einer Sammelpetition mit dem allge-

meinen Titel „Gesetzliche Krankenversicherung – Beiträge“ zusammengeführt. Angenommen wurde eine allgemeine Gleichheit. Damit wurde den einzelnen Petitionen ihre Individualität in ihrer Begründung und Zielsetzung genommen, sie wurden im Portal „ePetition des Deutschen Bundestages“ nicht mehr geführt und konnten dort auch nicht mehr mitgezeichnet werden. Nach dem Bearbeitungsdurchlauf durch die zuständigen Ministerien wurde vom Petitionsausschuss für eine Sammelübersicht von insgesamt 398 Petitionen eine ablehnende Beschlussempfehlung formuliert. Der Deutsche Bundestag schloss sich in einer Nachtsitzung, bei Anwesenheit von jeweils nur drei Reihen Bundestagsabgeordneter je Fraktion, in abschließender Beratung ohne Aussprache, dieser Beschlussempfehlung an. Insgesamt dauerte die Abstimmung lt. Videostream zur Plenarsitzung ganze 17 Sekunden! Ein solcher Ablauf wird der Wichtigkeit von Petitionen nicht gerecht. Die ADG betrachtet deshalb das Petitionsverfahren des Deutschen Bundestages als Feigenblatt, das bestenfalls dann entfernt wird, wenn eine besonders große Anzahl an Mitzeichnungen zu einer Petition registriert wird. Dies lässt darauf schließen, dass auf große Öffentlichkeitswirkung besonders reagiert wird und die inhaltliche Qualität einer Petition im Ergebnis eher von geringerer Bedeutung zu sein scheint. Petitionen sind nicht mehr das erste Mittel der Artikulation für die ADG.

Widersprüche und Klagen

Lange Jahre waren die Ungerechtigkeiten rund um die Gesetzliche Rentenversicherung zentrale Themen der ADG. In den meisten Fällen ging es um Anrechnungen oder Berechnungen in den Rentenbescheiden, aber auch generell um die Behebung von Ungerechtigkeiten gegenüber Angehörigen anderer Versorgungssysteme, wie der Beamtenversorgung oder berufsständischen Versorgungswerke. Großen Anteil hatten auch Widersprüche und Klagen zu den ständigen Eingriffen in das Rentenrecht, die allein das Ziel hatten, die Renten zu kürzen. Viele Bürger hatten mehrere Widersprüche und Klagen bei den Sozialgerichten eingereicht und bei fast allen Aktiven sammelten sich die Unterlagen zu den Verfahren ordnerweise an.

Hier eine Auswahl der Klagegründe:

- Bewertung der ersten Berufsjahre (berufliche Ausbildungszeiten);
- Berücksichtigung und Bewertung von Schul- und Studienzeiten;
- Verfassungsmäßigkeit;

- Anhebung der Altersgrenzen;
- Verminderung des Zugangsfaktors bei vorzeitiger Inanspruchnahme der Altersrente;
- Besteuerung der Renten;
- Widersprüche zu den Rentenanpassungen zum 1. Juli 2004, 2005, 2006, 2007 ff;
- Allgemeiner Beitragssatz zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) von Versorgungsbezügen ohne Anspruch auf Krankengeld;
- Verfassungsbeschwerde gegen den vollen Krankenversicherungsbeitrag auf Betriebsrenten;
- Verfassungsbeschwerde gegen den vollen Krankenversicherungsbeitrag zu Direktversicherungen, die als Einmalbetrag ausgezahlt werden;
- Verfassungsbeschwerde gegen den vollen Pflegeversicherungsbeitrag bei Rentnern;
- Klagen gegen den Zuschlag zum Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose;
- Klagen gegen Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten;
- Zwei Beschwerden zum EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) in Straßburg, einmal wegen der Anerkennung und Höherbewertung von Ausbildungszeiten, einmal wegen zu geringer Rentenanpassung im Jahr 2007.

Zunehmend war festzustellen, dass an den Gerichten die Wartezeiten bis zur Bearbeitung der Klagen teilweise mehrere Jahre einnahmen. Es ist anzunehmen, dass dies zur Strategie der jeweiligen Gerichte bzw. deren Kammern gehörte. In ganz hartnäckigen Fällen drohten die Richter sogar mit Strafgebühren im Falle einer weiteren Beschäftigung der Gerichte, da derartige Klagen und Revisionen etc. aus ihrer Sicht von vornherein nicht erfolgreich sein könnten. Dass damit Druck auf die Kläger(innen) aufgebaut wurde, ist verständlich, aber nicht zu tolerieren.

Die Beklagte, überwiegend die Deutsche Rentenversicherung Bund, argumentierte stets mit Verweisen auf ihr Handeln nach Gesetzesvorgabe. Sie trat regelmäßig und eindeutig nicht als Vertreter der Versicherten, sondern als deren Gegner auf. Herrn Otto W. Teufel als geistigem Vater vieler Widerspruchs- und Klageformulierungen wurde seitens eines Richters am Sozialgericht München sogar nahe gelegt, sich ein anderes „Hobby“ zu suchen.

Die Prozessbegleitung durch Herrn Otto W. Teufel wurde von vielen Richtern (aus Angst vor dessen Kompetenz?) abgelehnt. Nur selten waren Richter anzutreffen, die sich den Sachverstand von Herrn Otto W. Teufel zunutze machten. Als Vertreter am Bundessozialgericht konnte der Münchener Sozialanwalt Prof. Dr. Storr (sen.) gewonnen werden. Beratend war er auch zu Verfahren am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für die ADG tätig. Insgesamt waren leider der Großteil aller Verfahren „im Namen des Volkes“ nicht erfolgreich. Dass der Ungehorsam, den Bescheiden kritisch zu widersprechen, eigentlich gutes Recht der Bürger ist, beeindruckte die Gerichte nicht. Verfasste Klagetexte scheinen von den Richtern oft überhaupt nicht gelesen worden zu sein.

Anders waren viele Reaktionen der Richter nicht zu verstehen. Die Summe der Klagen sorgte wohl für eine Überlastung der Gerichte, was aus den vielen Wechseln der Kammerzuständigkeiten abzulesen ist. Vielleicht gehörte dieser Verwaltungsakt aber auch zur allgemeinen „Ablehnungs- und Zermürbungsstrategie“ der Gerichte. Verfassungsbeschwerden wurden gar nicht erst angenommen, ihre Nichtzulassung nicht begründet.

Gründungsmitglied Herr Dr. Horst Morgan führt erneut am Finanzgericht Berlin-Brandenburg eine Klage gegen das Alterseinkünftegesetz vom 1.1.2005 durch (Az 1 K 1204/16). Das Datum für ein Urteil ist nicht absehbar. Die ADG konnte jedenfalls vielen Bürgern die Ehrfurcht und Angst nehmen, vor ein Gericht zu treten und ihr Recht einzufordern. Dies entspricht dem gemeinnützigen Auftrag der ADG. Durch die vielen bundesweit initiierten und mitgetragenen Verfahren wurde Aufsehen erzeugt und bürgerlicher Ungehorsam praktiziert. Auf rechtsstaatlicher Basis. Ein gesellschaftlicher Erfolg der ADG!

Öffentlichkeitsarbeit, Medien

In den frühen Jahren der ADG versuchte man vornehmlich durch das Schalten von Printanzeigen für Aufmerksamkeit zu sorgen und den Bekanntheitsgrad der ADG zu erhöhen. Gemessen an der erreichten Wirkung war dies jedoch auf Dauer zu teuer. Die ADG ging deshalb dazu über, die Medienagentur NewsAktuell (eine Tochter der dpa) für Veröffentlichungen zu nutzen. Durch ausgewählte Zielgruppen wie Nachrichtenagenturen, Printmedien, Online-Portale und Redakteure usw. wurde zwar eine größere Verbreitung erreicht, jedoch auch hier waren die Kosten kaum erschwinglich. Zeitweise begleitend wurde zur Erfolgsmessung die Agentur

„Landau Media Monitoring“ mit der Rückmeldung von Veröffentlichungen beauftragt. Diese war trefferorientiert kostenpflichtig, was das Budget zusätzlich belastete. Schließlich wurde für die Veröffentlichungen von ADG-Pressemitteilungen das kostenlose Presseportal „openPR“ genutzt.

In der Zeit zwischen Dezember 2006 und Dezember 2016 wurden von der ADG insgesamt 11 Pressemitteilungen bei NewsAktuell und 75 Pressemitteilungen bei openPR veröffentlicht. Die Resonanz bei den Medien und Abonnenten lag durchschnittlich bei 1266 Views je Pressemitteilung. Absolute Highlights der ADG-Pressemitteilungen waren „ADG missbilligt Kuhhandel an deutschen Gerichten“ vom 14.12.2006 mit 4874 Views und „Zynismus ohne Ende“ zum Gerichtsdeal mit dem milden Urteil für Herrn Peter Hartz vom 7.2.2007 mit 3380 Views.

Parallel wurden im kostenlosen Anzeigennetzwerk „markt.de“ (mit täglich ca. rund 500 000 Besuchern) Termine von Veranstaltungen der ADG veröffentlicht. Ankündigungen wichtiger Termine oder allgemeine Informationen wurden per Mail-Verteiler sowie regelmäßig im ADG-Forum oder im Veranstaltungskalender auf der Homepage der ADG, in Rundschreiben an die Mitglieder und Kooperationspartner, im bundesweiten Netzwerk von ADG-Sympathisanten und -Interessenten sowie in persönlichen Anschreiben an Mandatsträger und sog. VIPs veröffentlicht. Herausragend öffentlichkeitswirksam waren die folgenden Veröffentlichungen bzw. Auftritte:

- „Einer schuftet im Augiasstall“ in taz.die tageszeitung vom 21.1.2011 über Herrn Otto W. Teufel. Die taz titelte über ihn: „... einer der versiertesten, kritischsten Rentenexperten Deutschlands ...“ und schilderte sehr detailliert die Rechenricks der Rentengesetzgebung und deren Offenlegung durch Herrn Otto W. Teufel seit mehr als 30 Jahren.
- „Über das Zwei-Klassenrecht zur Zwei-Klassengesellschaft“. Der Vortrag von Herrn Otto W. Teufel zur Altersversorgung in Deutschland am 5.9.2011 bei ver.di in Leer (Ostfriesland) befasst sich u. a. damit, wie die Gesetzliche Rentenversicherung geschützt und gestärkt werden kann und warum der Bundeszuschuss gar kein Zuschuss ist. Der Vortrag ist in fünf Filmsequenzen auf youtube dokumentiert und immer noch dort abrufbar.
- „Heute jung, morgen alt: wovon im Alter leben?“ Eine Fernsehsendung des BR (Bayerischer Rundfunk) vom 17.3.2014, an der die ADG maßgeblich mitwirkte.



Herr Otto W. Teufel im Gespräch mit Frau Inken Jakobi (Autorin) und Herrn Rainer Maria Jilg (Moderator) vom Bayerischen Rundfunk (BR).

Die Autorin der Sendung war Frau Inken Jakobi, Moderator war Herr Rainer Maria Jilg.

- Am 7.5.2009 wirkte Herr Otto W. Teufel auf einer Demonstration gegen Altersarmut auf dem Marienplatz in München als Redner mit.
- Die ADG unterstützte die Piratenpartei durch Aufklärung über die Sozialsysteme. Herr Otto W. Teufel hielt am 10.3. und 16.6.2012 auf Einladung der Piraten jeweils den Vortrag „Die Zukunft der Renten“.

Darüber hinaus hielt Herr Otto W. Teufel weit über München hinaus zu den verschiedensten Anlässen weitere Vorträge zum Rentenrecht, zur Rentenentwicklung und vor allem zur Zweckentfremdung von Rentenbeiträgen, nämlich zur Deckung von versicherungsfremden Leistungen. Ob vor großem oder kleinem Publikum, stets überraschten seine Ausführungen und hinterließen nach derartig fundierter Aufklärung nachdenkliche Zuhörer.



Einweisung der ADG-Gruppe für Aufnahmen zur Fernsehsendung des BR im ASZ Perlach.

Mit unzähligen Leserbriefen und Beiträgen haben Mitglieder der ADG deutschlandweit auf Artikel in Zeitungen und Internet-Blogs reagiert und so ihre eigene Meinung sowie die der ADG in die Öffentlichkeit getragen. Über viele Jahre führte Herr Lutz Schowalter in Rottach-Egern ein Treffen von Leserbriefschreibern durch, an denen namhafte Persönlichkeiten (u.a. Frau Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Herr Alexander Radwan, Landtagsabgeordneter; Frau Dr. Angelika Niebler, MdEP, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Frauen-Union Bayern; Herr Horst M. Teltschik, Berater Helmut Kohls bei der Wiedervereinigung; Herr Dr. Christian Vordemann, Münchner Merkur Leserbrief); teilnahmen (siehe auch Abbildungen auf Seite 50).

In Rentenrebell's Blog erschienen Beiträge von und über Herrn Otto W. Teufel.

Herr Dr. Horst Morgan unterhält eine eigene Homepage zum Thema „Alters-einkünftegesetz“: www.alterarsarmut-per-gesetz.de

Eintragungen in diversen Internetseiten sorgen nachhaltig für die Präsenz der ADG. Dazu gehören vor allem Hinweise auf ADG-Veröffentlichungen.

Erscheinungsbild der ADG

Basis einer unverwechselbaren Kommunikation ist die Einhaltung eines durchgängigen Erscheinungsbildes (CI = Corporate Identity) bei Auftritten in der Öffentlichkeit, bei Publikationen und schließlich in den modernen Medien. Es beinhaltet die Festlegung von Schriften, eines Farbklimas und von grafischen Gestaltungsmerkmalen und ihre intern als auch extern konsequent einzuhaltende Umsetzung. Verständlichkeit, Unverwechselbarkeit, Einprägsamkeit und einfache Umsetzung sind die wesentlichen Kriterien, die ein Erscheinungsbild in sich vereinen muss. Auch für die ADG ist ein Auftritt mit hohem Wiedererkennungswert wichtig. Erstes Erkennungszeichen der ADG war stets das Logo.



Es wandelte sich von einem einfachen, einfarbigen Signet zu einem modernen Markenzeichen – zuletzt im Jahre 2015. In einer frühen Phase der Entwicklung des ADG-Erscheinungsbildes wurde im öffentlichen Auftritt das Logo der ADG von dem Slogan:

„Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern gegen Staats- und Politikverdrossenheit – für eine lebenswerte Zukunft!“

begleitet. Dieser Slogan hielt sich auf der Mitgliederzeitung ADG-Forum bis 2014. Auf einigen Broschüren fand man ab 2007 folgenden Slogan:

„Diese Schrift richtet sich an engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich über den sozialen Frieden in Deutschland Sorgen machen und bereit sind, sich für diesen sozialen Frieden einzusetzen“.

Ab 2008 verwendete man z.B. auf dem Briefbogen der ADG schon den Slogan:

„Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern für eine lebenswerte Zukunft in einem schlanken und sozial gerechten Staat“.

Dieser Slogan wurde fortan auch auf Broschüren verwendet. Derartige Aussagen, sog. Claims, beschreiben kurz und prägnant, welche Intentionen sich hinter einer Vereinigung verbergen. Im Falle der ADG trägt der Slogan zum Verständnis der von der ADG verfolgten Arbeit bei. Mit der Modernisierung des ADG-Erscheinungsbildes mit einem neuen, angepassten Logo, einem frischeren Farbklima und einer neuzeitlicheren Formen- und Gestaltungssprache wurde dieser Slogan modifiziert in:

„Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern für eine lebenswerte Zukunft in einem sozialen und gerechten Staat“.

Das neue ADG-Erscheinungsbild ab 2014 wurde von den Herren Dieter Hennes und Helmut Wiesmeth in Zusammenarbeit mit der externen Grafikerin Birgit Feigl aus Aindling konzipiert und seitdem fließend umgesetzt.

Publikationen

Wesentlicher Inhalt der Arbeit der ADG ist die Herausgabe von Publikationen über sozial- und gesundheitspolitische Themen. Dies geschieht in Form von Informationsblättern und Broschüren bis hin zu Plakaten, Präsentationen und Datenträgern. Die Publikationen sollen der Aufklärung dienen, Hintergründe aufdecken und dabei die z.T. komplexen Zusammenhänge verständlich vermitteln. Um eine möglichst breite Verteilung zu erreichen, stellt die ADG sämtliche Publikationen kostenlos als Printprodukte, digitale Medien oder online auf der eigenen Homepage zur Verfügung. Die redaktionelle Arbeit für dieses Angebot umfasst einen Großteil der Kapazitäten der ADG.

Versicherungsfremde Leistungen nach VDR/DRV von 1957–2016

Jahr	Renten- ausgaben in Mio. Euro	Bundesmittel für versiche- rungsfremde Leistungen		Versicherungsfremde Leistungen		Transfer- Leistungen in Mio. Euro	Anteil Hibli-Rente in Mio. Euro ¹⁾	ungedeckt aufsummiert	
		in Mio. Euro	in Prozent	in Mio. Euro	in Prozent			in Mio. Euro	in Mio. Euro
1957	5.462	1.744	31,9%	1.934	35,4%			190	190
1958	6.243	1.850	29,6%	2.210	35,4%			360	550
1959	6.748	1.960	29,0%	2.389	35,4%			429	978
1960	7.286	2.096	28,8%	2.579	35,4%			483	1.462
1961	7.919	2.202	27,8%	2.803	35,4%			601	2.063
1962	8.582	2.348	27,4%	3.038	35,4%			690	2.753
1963	9.249	2.540	27,5%	3.274	35,4%			734	3.487
1964	10.275	2.777	27,0%	3.637	35,4%			860	4.347
1965	11.525	3.008	26,1%	4.080	35,4%			1.072	5.419
1966	12.914	3.249	25,2%	4.572	35,4%			1.323	6.742
1967	14.583	3.511	24,1%	5.162	35,4%			1.651	8.393
1968	16.151	3.429	21,2%	5.717	35,4%			2.288	10.682
1969	18.037	3.567	19,8%	6.385	35,4%			2.818	13.500
1970	19.630	3.660	18,6%	6.949	35,4%			3.289	16.789
1971	21.222	3.929	18,5%	7.513	35,4%			3.584	20.372
1972	24.144	4.965	20,6%	8.547	35,4%			3.582	23.954
1973	28.249	4.251	15,0%	10.000	35,4%			5.749	29.704
1974	32.853	6.149	18,7%	11.630	35,4%			5.481	35.184
1975	37.238	6.831	18,3%	13.182	35,4%			6.351	41.536
1976	42.432	7.582	17,9%	15.021	35,4%			7.439	48.957
1977	47.632	8.337	17,5%	16.862	35,4%			8.525	57.499
1978	50.616	9.041	17,9%	17.918	35,4%			8.877	66.376
1979	53.070	9.603	18,1%	18.787	35,4%			9.184	75.560
1980	55.921	10.802	19,3%	19.796	35,4%			8.994	84.554
1981	58.828	9.594	16,3%	20.825	35,4%			11.231	95.785
1982	62.749	11.352	18,1%	22.213	35,4%			10.861	106.647
1983	65.327	11.446	17,5%	23.126	35,4%			11.680	118.326
1984	69.187	12.396	17,9%	24.492	35,4%			12.096	130.422
1985	72.096	12.853	17,8%	25.522	35,4%			12.669	143.091
1986	74.770	13.251	17,7%	26.469	35,4%			13.218	156.309
1987	78.256	13.671	17,5%	27.703	35,4%			14.032	170.341
1988	81.983	14.118	17,2%	29.022	35,4%			14.904	185.245
1989	85.848	14.573	17,0%	30.390	35,4%			15.817	201.062
1990	89.923	15.184	16,9%	31.833	35,4%			16.649	217.711
1991	108.942	19.624	18,0%	38.565	35,4%			18.941	236.652
1992	121.102	23.747	19,6%	42.870	35,4%	2.352		21.475	258.127
1993	130.731	25.365	19,4%	46.279	35,4%	4.039		24.953	283.080
1994	141.644	29.868	21,1%	50.142	35,4%	5.471		25.745	308.825
1995	151.004	30.445	20,2%	51.794	34,3%	8.130		29.479	338.304
1996	157.005	32.331	20,6%	53.853	34,3%	9.663		31.185	369.489
1997	162.397	35.223	21,7%	55.702	34,3%	9.101		29.580	399.069
1998	168.001	42.083	25,0%	57.624	34,3%	9.766		25.307	424.337
1999	171.775	42.533	24,8%	58.919	34,3%	8.590		24.976	449.352
2000	177.751	42.419	23,9%	60.969	34,3%	11.248		29.798	479.150
2001	183.344	46.007	25,1%	61.420	33,5%	12.322		27.735	506.885
2002	189.747	49.264	26,0%	61.288	32,3%	13.600		25.624	532.509
2003	194.864	53.869	27,6%	56.705	29,1%	13.600	6.000	22.436	554.945
2004	197.450	54.365	27,5%	57.458	29,1%	13.600	6.000	22.693	577.638
2005	198.812	54.812	27,6%	57.854	29,1%	13.600	6.000	22.642	600.280
2006	199.423	54.909	27,5%	58.032	29,1%	13.600	6.000	22.723	623.003
2007	200.658	55.944	27,9%	47.355	23,6%	13.600	8.000	13.011	636.014
2008	203.162	56.430	27,8%	47.946	23,6%	14.000	8.000	13.516	649.530
2009	207.642	57.333	27,6%	47.342	22,8%	14.300	8.300	12.609	662.139
2010	211.042	58.980	27,9%	48.118	22,8%	14.300	8.436	11.874	674.013
2011	212.200	58.882	27,7%	48.382	22,8%	14.300	8.482	12.282	686.295
2012	215.999	60.018	27,8%	49.248	22,8%	15.000	8.634	12.864	699.159
2013	219.084	59.853	27,3%	49.951	22,8%	15.000	8.757	13.855	713.014
2014	225.752	61.335	27,2%	51.471	22,8%	17.000	9.024	16.160	729.174
2015	236.187	62.433	26,4%	53.851	22,8%	18.000	9.441	18.859	748.033
2016	245.671	64.469	26,2%	56.013	22,8%	19.000	9.820	20.364	768.397

1) Splitting übersteigender Anteil der Witwen-/Witwerrenten

Die „Teufel-Tabelle“ ist der Klassiker unter den ADG-Publikationen. Die jahrelange Recherchearbeit von Otto W. Teufel führte zu einem allseits anerkannten Standardwerk über versicherungsfremde Leistungen.

Die Recherche zu den Themen, die inhaltliche Aufbereitung in ADG-typischer Manier und schließlich die grafische Gestaltung führen in einem oft lange anhaltenden Prozess zu den bekannt erfolgreichen Publikationen der ADG. Aktive mit speziellen Fachkenntnissen leisten dabei die Kernarbeit. Die Autoren verteilen sich auf Otto W. Teufel, Manfred Schmidlein, Valentin Gerber, Norbert Maier, Dr. Horst Morgan, Dipl.-Phys. Herbert Mayer (beide Alterseinkünftegesetz), Wilfried Augustin, Kurt Gonscherowski, Hans Lampl (†), Diethard Linck, Lutz Schowalter u. a. So können Fakten, Meinungen und Impulse zur Altersvorsorge, Altersversorgung, zum Gesundheitswesen, zu Steuern oder zu allgemeinen Themen wie Sozialrecht und Ungerechtigkeiten in der Sozialpolitik in hoher Qualität dargestellt werden.

Die erfolgreichste Publikation der ADG mit dem größten Verbreitungsgrad ist das Info-Blatt „Jährliche versicherungsfremde Leistungen seit 1957 – Teufel-Tabelle“. Es hat die sog. versicherungsfremden Leistungen in den letzten 20 Jahren immer bekannter gemacht, was dazu führte, dass dieses Thema in Diskussionen zur Gesetzlichen Rentenversicherung inzwischen unabdingbar ist. Die im Info-Blatt dargestellten Zahlenkolonnen sowie die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Hintergründen dieses nicht steuerfinanzierten Schattenhaushaltes innerhalb der gesetzlichen Altersversorgung in einer eigenen Broschüre sind eine Leistung des ADG-Ehrenbeirates Otto W. Teufel, für die ihm die ADG besonderes dankt.

Sehr wichtige Publikationen sind auch die Info-Blätter zur Hinterbliebenenrente, die auch interaktiv zu nutzen sind und damit der individuellen persönlichen Aufklärung dienen. Sämtliche Info-Blätter zum Beamtenrecht und zu den Beamtenpensionen zeigen die Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen gegenüber den Rentnern auf. Die Bearbeitung der beiden Themenblöcke ist vor allem den „Spezialisten“ Otto W. Teufel, Valentin Gerber, Manfred Schmidlein und Norbert Maier zu verdanken.

Seit dem 21.1.2008 existiert eine CI-Richtlinie zur Erfassung von Publikationen. In dem Kennzeichnungssystem werden derzeit 13 verschiedene Publikationskategorien (Formulare, Flyer, Broschüren, Plakate, Informationsblätter, Dokumentationen usw.) unterschieden.

Im August 2008 erschien die erste Kennzeichnungsliste zur Dokumentation aller ADG-Publikationen. Sie wird ständig aktualisiert. Die Kennzeichnungsliste enthält alle Neuauflagen und Änderungen und kann auch als Chronik der ADG-Publikationen verstanden werden. Am 14.3.2017 wurde die 117. Kennzeichnungsliste

herausgegeben. Sie umfasst derzeit 161 Publikationen und insgesamt 300 Aktualisierungseinträge.

Die gestalterisch Umsetzung der redaktionellen Vorlagen für Publikationen erfolgte von 2004 bis 2014 durch Herrn Helmut Wiesmeth. Ab 2015 ist dafür Herr Dieter Hennes, der die entsprechende fachliche Qualifikation mitbringt, verantwortlich. Er ist damit auch Garant für die Einhaltung der Erscheinungsbildvorgaben der ADG. Die grafische Gestaltung der Publikationen erstreckt sich über die Erstellung von Druckvorlagen bis zu Dateien für die ADG-Homepage bzw. für die digitalen Medien. Seit 1998 werden Broschüren der ADG der Deutschen Staatsbibliothek zur Archivierung zur Verfügung gestellt.

Schaffung einer Homepage

Der Wandel der Kommunikationstechniken erforderte die Präsenz der ADG in den neuen Medien. Bereits 1998 existierte zu diesem Zweck eine einfache Internetplattform mit zwei Adressen: www.adg-ev.de und www.forum-renten.de. Während erstere sich mit den allgemeinen Themen der ADG beschäftigte und von Herrn Helmut Ptacek betreut wurde, behandelte das Forum Renten hauptsächlich das Thema Gesetzliche Rentenversicherung, deren Gesetzmäßigkeiten und Hintergründe sowie die von der ADG betreuten Klagen an den div. Sozialgerichten. Diese Seite wurde vom damaligen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Otto W. Teufel, betreut. Die technische Pflege beider Seiten war indes nicht optimal und es musste eine andere Lösung gefunden werden.



Ausschnitte aus den ersten Internetauftritten der ADG.

2009 war es dann soweit. Eine neue Homepage wurde in Angriff genommen. Die Umsetzung erfolgte in 2 Schritten. Zuerst wurde eine Technik gewählt, die es ermöglicht, die Inhalte von der Optik des Auftrittes zu trennen und so eine Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten. Gewählt wurde das CMS (Content Management System) Joomla! in der Version 1.5, eine Software, die größtenteils von einer weltweit verteilten Schar von Entwicklern bereitgestellt wird. 2012 beschlossen die Entwickler, die Plattform von Joomla! neu aufzusetzen. Bisher haben wir die Pflege der Software selbst vorgenommen. Der Umstieg erforderte aber professionelle Hilfe, die wir uns im Dezember 2014 einkauften. Unterstützung bot dabei der externe Dienstleister, Herr Christoph Adams von webcarver.de in Fischbachau. Für die inhaltliche Umsetzung hat Herr Diethard Linck das Prinzip einer Buchhandlung vorgeschlagen. Über das Schaufenster (Startseite) sollte man zu den einzelnen Regalen (Navigation) mit den Inhalten und Themen der ADG gelangen. Über die inhaltliche Gestaltung wurde leidenschaftlich gerungen. Die intuitive Gestaltung gelang in den Jahren der Umstellung immer besser. Im Rahmen der Schaffung eines durchgängigen Erscheinungsbildes (CI = Corporate Identity) vom Papier bis zu den Neuen Medien wurde auch das Erscheinungsbild im Internet aufgefrischt.

The screenshot shows the homepage of the ADG (Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.). At the top right, there are links for 'Das Alterseinkünftegesetz', 'ADG-Archiv', and 'Login'. The main header features the ADG logo and the text 'AKTION DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT E.V.' with a tagline: 'Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern für eine lebenswerte Zukunft in einem sozialen und gerechten Staat'. Below the header is a navigation bar with links: 'Startseite', 'Aktivitäten', 'Publikationen', 'Pressestimmen', 'Netzwerk', 'Verbraucher-Infos', 'Über uns', 'Sitemap', and 'Kontakt'. A search bar is located below the navigation. The main content area is divided into three columns. The left column, titled 'Kommende Termine', lists events for August 7th and 21st, 2017, including 'ADG AK-GKV/PKV' and 'ADG AK-SV'. The middle column features a large article titled 'GRV - Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017', with a sub-heading 'Gesetzliche Rentenversicherung' and a link 'Initiative gegen Altersarmut - IGA'. The right column contains two sections: 'ADG Grundaussagen' with a list of bullet points (Positionspapier, solidarische gesetzliche BÜrgerversicherung, Info-Bon zur Ungleichbehandlung) and 'Neue und überarbeitete Beiträge' with a bullet point 'DEMOKRATIE IN BEWEGUNG'.

Aktuelle Startseite der ADG-Homepage

Heute präsentiert sich die ADG auf ihrer Homepage mit einem modernen Startbild und einer Mischung von Nachrichten aus eigenen und besonders interessanten externen Quellen. Sie bietet aber auch ein umfangreiches Nachschlagewerk zur ADG-Historie und dient vor allem als Fundus für die Publikationen der ADG. Der Gesamtumfang der ADG-Homepage wächst laufend.

Über den neuen ADG-Newsletter können alle Mitglieder, die eine Internetadresse mitgeteilt haben, und auch Freunde und Interessenten regelmäßig Informationen und Kommentare erhalten.

Finanzen, Gemeinnützigkeit

Die Finanzen der ADG sind geordnet. Stets wurde in Rechnungsprüfungen die transparente und exakte Buchführung der langjährigen Schatzmeister, Herr Jochen Döring und Frau Anita Guggenberger, hervorgehoben.

Bereits im November 1998 wurde die Gemeinnützigkeit der ADG beim Finanzamt München, Abt. Körperschaften, beantragt. In der vorläufigen Bescheinigung des Finanzamtes vom 2.12.1998 wurde jedoch festgestellt, dass die ADG aus Gründen der politischen Parteilichkeit (Abschaffung des Senats und Rückgängigmachung von Gesetzesänderungen für Sozialgesetze) bezüglich der Förderung staatsbürgerlicher Zwecke nicht als spendenfähig anerkannt werden kann. Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 wurde bei einer gesetzlichen Änderung festgelegt, dass die Gemeinnützigkeit auch die Spendenabzugsfähigkeit umfasst.

Im Jahre 2009 wurde nach sorgfältiger Vorarbeit vor allem durch die Herren Norbert Maier und Helmut Wiesmeth in Zusammenarbeit mit Frau Anita Guggenberger ein erneuter Antrag zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit gestellt. Inzwischen hatte die ADG ihre Tätigkeit so ausgerichtet, dass sie zwar zu einer gewissen Beeinflussung der politischen Meinungsbildung beiträgt, ihre gemeinnützige Tätigkeit jedoch weit im Vordergrund steht. Wenn die gemeinnützige Tätigkeit im Einzelfall zwangsläufig mit einer politischen Zielsetzung verbunden ist, muss die ADG darauf achten, dass die unmittelbare Einwirkung auf die politischen Parteien und die staatliche Willensbildung gegenüber der Förderung des gemeinnützigen Zwecks weit in den Hintergrund tritt. Dies erklärt in vielen Fällen die politische Neutralität der ADG.

Das Finanzamt München für Körperschaften erteilte der ADG am 6.11.2012 den Freistellungsbescheid für die Jahre 2009 bis 2011 (Steuer-Nr. 143/210/20101) mit

Befreiung von der Körperschafts- und Gewerbesteuer, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff AO dient. Am 18.11.2015 wurde der Freistellungsbescheid erneut ausgestellt. Er umfasst die Jahre 2012 bis 2014 und gilt bis heute. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit erspart dem Verein steuerliche Abgaben und eröffnet den Mitgliedern und Spendern steuerliche Vorteile.

Zielsetzungen und Ausblick

Die ADG setzt sich weiterhin für soziale Gerechtigkeit ein und beobachtet kritisch die Renten- und Gesundheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Sie fordert vor allem:

- mit einer solidarischen Bürgerversicherung ein einheitliches Renten- und Krankenversicherungssystem für alle Bürger;
- eine sozialgerechte Beitragsverteilung u. a. mit der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und mit der Einführung der Beitragspflicht auf Vermögens- und Kapitaleinkünfte;
- die Anhebung des Rentenniveaus auf 70 % und div. Reformen für Rentenbezieher;
- jährliche Rentenanpassungen ohne Dämpfungsfaktoren;
- die Abschaffung der Rentenabschläge;
- die stimmberechtigte Einbeziehung der gesetzlich Versicherten bei Entscheidungen über das Rentenrecht in allen Gremien;
- Verbesserungen bei den medizinischen Leistungen, den Leistungen für Arzneimittel und für medizinische Hilfsmittel.

Die ADG wünscht sich ein Rentensystem, das den Bürgern ein sorgenfreies Auskommen im Alter garantiert, sowie die Abschaffung des Zwei-Klassensystems im Gesundheitswesen.

Alle Bürger sollen gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes tatsächlich die gleichen Rechte, aber auch Pflichten haben:

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Redebeitrag „20 Jahre ADG“

Auf der Mitgliederversammlung vom 11.10.2016 hielt Herr Otto W. Teufel, Ehrenbeirat der ADG, folgende Rede:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Gäste,

vor 20 Jahren gab es zwei sogenannte Rentenreformen innerhalb eines halben Jahres, das Altersteilzeitgesetz und das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz. Für viele von uns bedeutete das eine rückwirkende Kürzung des bereits erworbenen Rentenanspruchs um 25 bis mehr als 30 Prozent. Um uns gemeinsam dagegen zu wehren, haben wir die ADG gegründet. Mit Sachargumenten und notfalls auch mit rechtlichen Mitteln wollten wir die Politiker dazu bringen, diese Reformen zurückzunehmen. Als dann 1997 noch die Rentenreform für 1999 beschlossen wurde, haben wir alle Abgeordneten der Bonner Koalition angeschrieben und anhand von Zahlen dargelegt, was das für die Mehrzahl der zukünftigen Rentner bedeutet. Von einer Unions-Abgeordneten haben wir das Schreiben zurückbekommen, mit handschriftlichen Anmerkungen, die bis heute charakteristisch sind für die Reaktionen aller Abgeordneten, ich zitiere:

„Diese Menschen haben genug. Es wird Zeit aufzuwachen! Reformen sind nötig, um die zukünftige Generation abzusichern! In Mathematik eine 6! Diese Senkung bezieht sich etappenweise bis 2030! Bitte rechnen Sie einmal neu und klären Sie die Menschen richtig auf und verunsichern Sie vor allem nicht die alten Menschen, die es jetzt absolut nicht betrifft.“

Wir waren also gezwungen zu klagen, jeder Einzelne von uns, da eine Sammelklage nicht möglich ist. Das Ergebnis ist bekannt. Im Jahr 2007 hat das BVerfG eine entsprechende Vorlage eines Richters am Bundessozialgericht abgewiesen. In der Begründung hieß es unter anderem: „Im Rentenrecht hat Artikel 14 GG eine eigene Ausprägung erfahren.“ Sinngemäß ebenso der Gleichheitssatz und das Rechtsstaatsprinzip. Das hieß im Klartext: Für Arbeitnehmer und Rentner gelten elementare Grundrechte nicht, wenn es um die Altersversorgung geht.

Als wir im Jahr 2010 mit zwei Klagen endlich beim Bundesverfassungsgericht angekommen waren, wurden beide Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen. Eine sachliche Begründung oder Auseinandersetzung mit unseren Argumenten hat nie stattgefunden.

Warum Politiker sowie die zuständigen Beamten und Richter sich so hartnäckig einer sachlichen Diskussion verweigern, wurde uns immer klarer, als wir uns mit dem Thema „versicherungsfremde Leistungen und deren Finanzierung“ befassten. Dabei haben wir festgestellt, dass die Rentenkasse seit 1957 massiv zur Entlastung des Bundeshaushalts erhalten muss. Das war wohl der wesentliche Grund für die Umstellung der Gesetzlichen Rentenversicherung vom Kapitaldeckungs- auf das Umlageverfahren im Jahr 1957. Vorher gab es eine eigenständige Angestelltenversicherung, die wie eine berufsständische Versorgung organisiert war, die aber nicht so leicht zu manipulieren war. Das heißt, alle angeblichen Probleme mit der Rente haben ihre Ursache in politischen Entscheidungen und sind politisch gewollt.

Schon 1996 (am 24. Mai) hat die SZ (Anm.: Süddeutsche Zeitung) den damaligen Finanzminister Theo Waigel folgendermaßen zitiert: „Wenn die Sozialversicherungssysteme von den Fremdleistungen entlastet werden, findet keine Reform der Sozialsysteme statt, weil dann der Druck fehlt, die Ausgaben zu senken.“

Als 2005 die Bundesregierung in einer Bundestagsdrucksache bestätigte, dass die nicht durch Bundeszahlungen gedeckten versicherungsfremden Leistungen in Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung jährlich 65 Milliarden Euro betragen, wurde uns klar, welche immense finanzielle Entlastung das insbesondere für Politiker und Richter bedeutet, die ja für diesen Betrag nicht aufkommen müssen. Deshalb auch die konsequente Weigerung der Verantwortlichen, bei den versicherungsfremden Leistungen endlich Transparenz herzustellen.

Damit haben wir zwangsläufig den Eindruck gewonnen, dass den dafür verantwortlichen Politikern, höheren Beamten und Richtern jegliches Gespür für Recht und Unrecht verloren gegangen ist, sobald ihre eigenen Privilegien berührt sind. Bis heute haben weder Politik noch Justiz auch nur den Versuch gemacht, den Anschein zu widerlegen, dass sie kraft Amtes Gesetze machen bzw. Urteile sprechen, mit denen sie sich auf Kosten der gesetzlichen Sozialversicherung in erheblichem Umfang persönlich begünstigen.

Wir und unsere Kooperationspartner müssen also weiterhin viel Aufklärungsarbeit leisten, bis der Druck auf die Politiker so groß wird, dass sie endlich gleiches Recht

für alle Bürger schaffen. In diesem Sinne wünsche ich der ADG und unseren Mitstreitern auch weiterhin einen langen Atem. In Wahlkämpfen muss es gegenüber Politikern insbesondere zwei Forderungen bzw. Fragen geben:

Wir wollen gleiches Recht für alle Bürger bei der Altersversorgung und Krankenversicherung und warum haben Sie als Abgeordneter es nötig, sich per Gesetz auf Kosten der Mitglieder der gesetzlichen Renten- oder Krankenversicherung persönlich zu begünstigen?

*Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Otto W. Teufel*

Die Rede umfasst anschaulich die Diskrepanz und Problematik zwischen den politisch gewollten, unterschiedlichen Sicherungssystemen mit ebensolchen Zugangsvoraussetzungen, die eindeutig zulasten der gesetzlich Versicherten wirken. Entsprechend kann der Ausblick auf die Zukunft nur bedeuten, dass der Kampf der ADG gegen Ungerechtigkeiten in den Sozialsystemen weitergehen muss.



Die ADG setzt sich für den Kampf gegen die Altersarmut ein.



1997
v.l.n.r.: Frau Gunda Wolf-
Tinapp, Herr Helmut
Ptacek, Herr Albert Hartl.



1998
Infotag Theaterstraße.
v.l.n.r.: Frau Barb Scho-
walter, Herr Albert Hartl,
Herr Walter Prölb, Herr
Otto W. Teufel, Herr Lutz
Schowalter.



1998
Infotag Theaterstraße.
v.l.n.r.: u.a. Herr Manfred
Schmidlein, Herr Lutz
Schowalter.



1998
*Infotag Theatinerstraße.
 v.l.n.r.: u.a. Herr Otto
 W. Teufel, Herr Dr. Horst
 Morgenbrod.*



1998
*Podiumsdiskussion zum
 Thema „Soziale Sicherungssysteme vor dem Aus?“ am 6.8.1998 im
 Astron-Hotel am Hauptbahnhof. Von links nach
 rechts: Herr Otto W.
 Teufel (ADG), Herr Herbert
 Frankenhauser, MdB
 (CSU), Frau Ulrike
 Mascher, MdB (SPD),
 Herr Dr. Horst Morgenbrod
 (ADG), Herr Walter
 Prölb (ADG).*



2008
*Podiumsdiskussion vor
 der Bayern-Wahl 2008,
 an der alle Parteien vertreten
 waren.
 v.l.n.r.: Die Herren Markus
 Blume (CSU); Markus
 Rinderspacher (SPD);
 Horst Weise (Moderator);
 Otto W. Teufel (ADG),
 Ralf Schumacher (Bündnis
 90/Die Grünen); Klaus
 Ernst (Die Linke).*



2008
Podiumsdisussion vor der Bayern-Wahl 2008. Herr Blume (CSU) und Herr Rinderspacher (SPD) wurden damals das erste Mal in den Landtag gewählt und haben beide in ihrer jeweiligen Partei Karriere gemacht.



2010
Stammtisch der Leserbriefschreiber von Tegernseer Zeitung, SZ und Spiegel mit Frau Ilse Aigner (CSU) Ministerin und Herrn Otto W. Teufel; Veranstalter Herr Lutz Schowalter.



2010
Stammtisch der Leserbriefschreiber von Tegernseer Zeitung, SZ und Spiegel mit Frau Ilse Aigner (CSU); Veranstalter Herr Lutz Schowalter. u.a. v.l.n.r.: Herr Otto W. Teufel, Frau Ilse Aigner, Ministerin, Herr Wolfgang Gnieser, Herr Lutz Schowalter, Herr Helmut Wiesmeth.



2014
Mitgliederversammlung
2014 im Kulturzentrum
Neuperlach.
Vortrag „Profitwahn –
Wege in eine mensch-
lichere Wirtschaft“ von
Prof. Dr. Christian Kreiß
v.l.n.r.: Herr Otto W.
Teufel, Herr Eckart
Fleischner, Herr Hans
Lampl (†), Herr Prof. Dr.
Christian Kreiß.



2016
Mitgliederversammlung
2016 im Kulturzentrum
Neuperlach.



2017
Mitgliederversammlung
2017 im Kulturzentrum
Neuperlach.



In Anerkennung der Verdienste von

Herrn Otto W. Teufel

um die Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V., München
erfolgt mit Wirkung vom 15. Oktober 2014 seine

Ernennung zum Ehrenbeirat

Vorstand und Mitgliedschaft würdigen hiermit sein
18jähriges Engagement in Führungsverantwortung der ADG.

Es war geprägt vom unermüdlichen Einsatz im
Kampf gegen Ungerechtigkeiten in den Sozialsystemen,
von Beharrlichkeit, Klugheit und höchstem Sachverstand.

Die ADG ist durch die damit verbundene
bundesweit erworbene Anerkennung von Herrn Otto W. Teufel
zu einer viel beachteten Vereinigung herangewachsen.
Sie ist ihm deshalb zu außerordentlichem Dank verpflichtet.

Für den Vorstand, die Mitglieder und alle Wegbegleiter

Hendrik Hein, 1. Vorsitzender der ADG